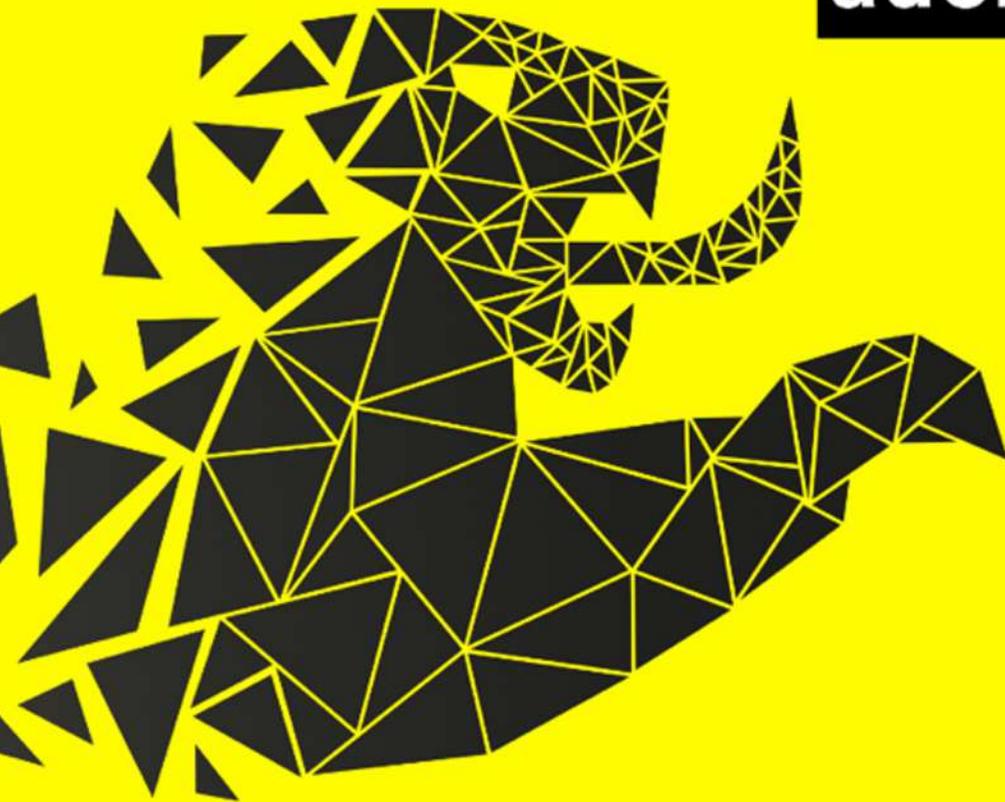


**Was sollten wir tun, damit die
Justiz in Baden-Württemberg
auch in Zukunft gut funktioniert?**





Kontext der Online-Beteiligung

Im Rahmen des Projekts **ZUKUNFTSGERICHTET** bot das Ministerium der Justiz und für Migration Baden-Württemberg Bürgerinnen und Bürgern sowie Justizbediensteten und Vertretern wichtiger Interessensgruppen eine Plattform, auf der diese ihre Ideen einbringen und diskutieren konnten, um **die Justiz der Zukunft aktiv mitzugestalten**. Die Online-Beteiligung auf den Plattformen von Make.org war dabei ein zentraler Baustein neben weiteren Prozessen und Formaten.

Ziel des Beteiligungsprozesses ist es, **ein vielschichtiges Bild der Justiz der Zukunft zu entwickeln**, das als Grundlage für konkrete Projekte dient. In der ersten Phase der Online-Beteiligung von Januar bis April 2024 wurden zunächst die Prioritäten und Erwartungen der unterschiedlichen Zielgruppen an das Justizsystem in Baden-Württemberg ermittelt. **In diesem Zeitraum haben 16.716 Personen insgesamt 1.145 Vorschläge zur Justiz der Zukunft eingereicht**. Diese Vorschläge wurden anschließend analysiert und in **sieben** zentrale Handlungsfelder gegliedert.

In der zweiten Phase der Online-Beteiligung wurden diese **Handlungsfelder** weiter vertieft. Neben einer Problembeschreibung wurden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die beliebtesten Ideen des jeweiligen Handlungsfeldes präsentiert. Mittels der Kommentarfunktion bestand die Möglichkeit, diese zu kommentieren und zu diskutieren. Auch umstrittene Ideen wurden zur Diskussion gestellt. **Ziel dieser zweiten Phase war es, die Vorschläge und Ideen weiter zu konkretisieren und Prioritäten zu setzen.**

„Nur wenn wir uns den Herausforderungen, die jetzt schon zu Tage treten, stellen, können wir die Justiz zukunftsfest aufstellen.“



Marion Gentges, MdL
Ministerin der Justiz und
für Migration Baden-
Württemberg



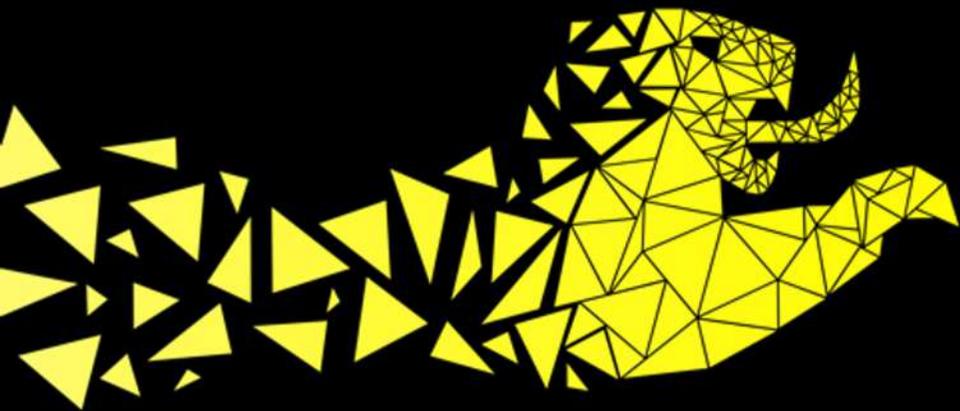
Inhaltsverzeichnis

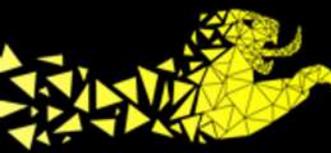
1 - Kontext der Online-Beteiligung	4
Über Make.org	5
Zeitplan des Projekts	6
Die sieben zur Diskussion gestellten Handlungsfelder	7
2 - Die Online-Beteiligung im Überblick	10
Die Online-Beteiligung in Zahlen	11
Die Top-Erkenntnisse aus der Online-Beteiligung	12
Ergebnisse: 25 Ideen zur Weiterentwicklung der Handlungsfelder	13
3 - Vergleichende Analyse der Handlungsfelder	15
Priorisierung der Handlungsfelder nach Wichtigkeit und Beteiligungsrate	16
Detaillierte Analyse der Reaktionen	17
4 - Analyse der einzelnen Handlungsfelder	21
Anhang: Methodik	75
Anhang: Beschreibung der Handlungsfelder auf der Plattform	78



1.

Kontext der Online-Beteiligung





Über Make.org

Make.org ist eine **europaweit agierende, neutrale und unabhängige Civic Tech-Organisation**, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Bürgerinnen und Bürger in partizipatorische Transformationsprozesse einzubeziehen, um den positiven Wandel der Gesellschaft zu unterstützen.



11.0 Millionen

Teilnehmer:innen



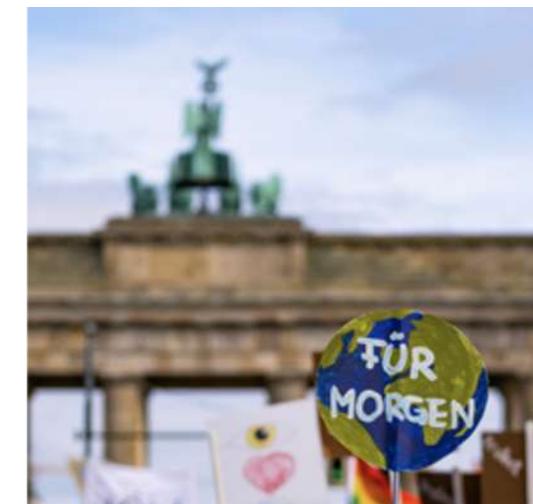
388.184

eingereichte Vorschläge



1.130

engagierte Organisationen



Seit mehr als acht Jahren entwickelt Make.org **einzigartige digitale Beteiligungsplattformen**, damit sich Tausende von Menschen an verschiedenen Themen beteiligen können. Auf der Dialogplattform können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über verschiedene Handlungsempfehlungen abstimmen. Durch das Verfassen von Kommentaren können sie ihre Meinung verdeutlichen und/oder Verbesserungsvorschläge machen. Die Plattformen von Make.org wurden so konzipiert, dass Einzelpersonen oder Interessengruppen die Ergebnisse nicht manipulieren können („Trolling“). Die Teams von Make.org ergänzen diese digitale Expertise mit einem hohen Maß an **Expertise in der Mobilisierung von Bürgerinnen und Bürgern**, damit diese sich massiv und in ihrer ganzen Vielfalt beteiligen können - ob online oder vor Ort.

Abschließend sorgen die **Sozial- und Datenwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen** von Make.org dafür, dass das Wort der Bürgerinnen und Bürger zuverlässig in klare und umsetzbare Ergebnisse umgesetzt wird. Dabei legt das Team von Make.org ein besonderes Augenmerk auf den Schutz der persönlichen Daten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und lässt sich mehrmals im Jahr von einem unabhängigen Ethikrat kontrollieren.



Zukunftsgerichtet: Breite Beteiligung in Baden-Württemberg, um gemeinsam die Justiz der Zukunft zu gestalten

2024

Januar – Juni

Erste Online-Beteiligung und **“Roadshow”** an verschiedenen Justizstandorten in Baden-Württemberg



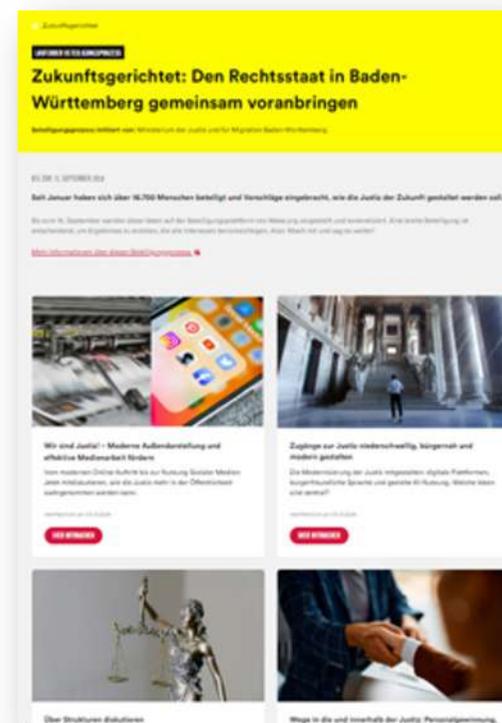
2000 Teilnehmerinnen / Teilnehmer
13 Veranstaltungen

Hunderte Ideen wurden gesammelt

16.716 Teilnehmerinnen / Teilnehmer
1.145 Vorschläge
256.352 Abstimmungen

Juli – September

Zweite Online-Beteiligung zu sieben Handlungsfeldern, die sich aus den vorherigen Beteiligungsformaten ergeben haben



Anreicherung mit Kommentaren und konkreten Ideen

Oktober

Zukunftsforum Justiz in Stuttgart, um die Ergebnisse der Beteiligung allen interessierten Justizbediensteten vorzustellen und fach- und laufbahnübergreifend weiter zu diskutieren.





Die sieben zur Diskussion gestellten Handlungsfelder (1/3)

Wir sind Justiz! – Moderne Außendarstellung und effektive Medienarbeit fördern



Eine moderne Öffentlichkeitsarbeit der Justiz, insbesondere eine stärkere Präsenz in Sozialen Medien, soll die Attraktivität steigern. Gefordert werden mehr Transparenz, eine einheitliche Außendarstellung, moderne Websites und mehr Bürgernähe. Umstritten waren Vorschläge zu Social-Media-Auftritte zur Nachwuchsgewinnung und vorgeschlagene Gefängnisführungen für Schulklassen.

Zugänge zur Justiz niederschwellig, bürgernah und modern gestalten



Effizienz bei Justizdienstleistungen wird gefordert, eine zentrale Onlineplattform für Bürgerinnen und Bürger und eine verständlichere Sprache. Zudem soll die Justiz stärker in Bildungsprojekte eingebunden werden. Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz, etwa für Erstberatungen oder in Gerichtsverfahren, wurde kontrovers diskutiert.

Über Strukturen diskutieren



Die Justiz in Baden-Württemberg ist breit aufgestellt, doch die fortschreitende Digitalisierung und das Bedürfnis nach mehr Sicherheit vor Ort führen zu Forderungen nach der Schließung kleiner Standorte, was im Rahmen der Onlinebeteiligung kontrovers diskutiert wurde.



Die sieben zur Diskussion gestellten Handlungsfelder (2/3)

Wege in die und innerhalb der Justiz: Personalgewinnung, Karriere, Aus- und Fortbildung stärken



Die Besetzung offener Stellen in der Justiz ist herausfordernd. Es besteht Bedarf an effektiver Nachwuchsgewinnung, schnellem Onboarding, transparenten Beurteilungen und mehr individueller Förderung. Vorschläge, befristete Arbeitsverträge bei Justizangestellten automatisch zu entfristen, waren umstritten.

Bürokratieabbau, Entlastung und Beschleunigung der Justiz fördern



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wünschen sich mehr Personal, den Ausbau der Digitalisierung und eine Optimierung der Performance für eine schnellere und effiziente Justiz. Vorschläge zur Verschlinkung des Strafrechts waren umstritten.



Die sieben zur Diskussion gestellten Handlungsfelder (3/3)

Moderne Arbeitsmodelle für die Zukunft der Justiz etablieren



Moderne Arbeitsmodelle wie Homeoffice und flexible Arbeitszeiten sind wichtig, um den Anforderungen der digitalen Arbeitswelt gerecht zu werden. Während Flexibilität gefordert wird, gab es Bedenken hinsichtlich der Einführung von Pool-Arbeitsplätzen oder mobilen Arbeitsplätzen.

Wertschätzung für die Arbeit in der Justiz der Zukunft stärken

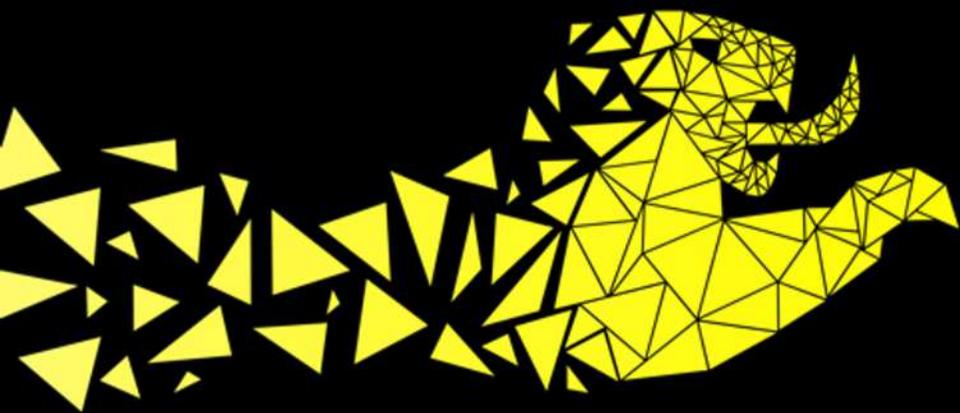


Das Thema Wertschätzung ist den Bediensteten in der Justiz sehr wichtig - und beschränkt sich keineswegs auf den bloßen Wunsch nach besserer Bezahlung. Vorschläge, die Besoldung bzw. Bezahlung leistungsorientierter zu gestalten, waren umstritten.



2.

Die Online-Beteiligung im Überblick





Vom **15.07.2024** bis zum **15.09.2024**

Die Online-Beteiligung in Zahlen

Was sollten wir tun, damit die Justiz in Baden-Württemberg auch in Zukunft gut funktioniert? Sieben Handlungsfelder zur Diskussion gestellt



2.628

Teilnehmerinnen und
Teilnehmer



419

Kommentare



10.547

Reaktionen



Die Top-Erkenntnisse aus der Online-Beteiligung

- 1** **Mit insgesamt 2.628 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zeigt die Beteiligung eine große Resonanz.** In allen sieben Handlungsfeldern erfuhren die Ansätze aus der ersten Beteiligungsphase überwiegende Unterstützung. Mit insgesamt 419 Kommentaren und einem Anteil von 71% an konstruktiven Vorschlägen wurden alle Handlungsfelder weiterentwickelt. Außerdem zeigen 10.547 Reaktionen auf die Handlungsfelder und eine geringe Quote von nur 1.6% an abgelehnten Kommentaren das hohe Engagement und das Interesse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, aktiv an der Gestaltung eines zukunftssicheren Justizwesens mitzuwirken.
- 2** **Die Beteiligung erfuhr eine hohe Beteiligung der Justizbediensteten.** Die **Spezifität der Kommentare** sowie das **Teilen vieler beruflicher Erfahrungen** lassen auf eine hohe und vorwiegende Teilnahme von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Justizwesens schließen. Erfreulich ist die **breite Repräsentation innerhalb der Justiz**: Kommentare beziehen sich auf alle Dienste und Laufbahnen sowie zahlreiche Justizzweige, einschließlich des Justizvollzugs.
- 3** **Personalentwicklung, Bürokratieabbau** sowie **moderne Arbeits(zeit)modelle** waren die für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wichtigsten Handlungsfelder. Insbesondere Personalentwicklung und moderne Arbeitsmodelle können als Schlüsselbereiche identifiziert werden. Denn diese wurden als wichtig bewertet und wiesen darüber hinaus hohe Kommentar- und Reaktionsraten auf. Außerdem zeigte die **konstruktive Natur der Diskussion** über alle Handlungsfelder hinweg, dass sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Vielschichtigkeit vieler Themen bewusst sind und **lösungsorientierte Vorschläge** wertschätzen.
- 4** Die **Wertschätzung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Justizwesens** ist eine zentrale Frage für Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Im Handlungsfeld Wertschätzung wurde die größte Anzahl an Kommentaren abgegeben. Viele dieser Kommentare weisen einen Bezug zu Fragen der gerechten und angemessenen Bezahlung auf, heben aber ebenso die Bedeutung vom kollegialen Gefüge (bspw. Anerkennungskultur) und Maßnahmen in anderen Handlungsfeldern wie Personalentwicklung oder Arbeitsmodellen hervor.



Ergebnisse: 25 Ideen zur Weiterentwicklung der Handlungsfelder



Außendarstellung

924 Reaktionen

29 Kommentare

Die öffentliche Wahrnehmung des Justizwesens proaktiv stärken | 13 Kommentare

Den "Auftritt nach Außen" vereinheitlichen und professionalisieren | 6 Kommentare



Zugänge

742 Reaktionen

25 Kommentare

KI-gestützte Informationen zur Justiz und Rechtsprechung bereitstellen | 7 Kommentare

Nutzerzentrierte und multimediale Zugänge zur Justiz bereitstellen | 6 Kommentare



Strukturen

922 Reaktionen

24 Kommentare

Kleine Justizstandorte als „Servicepunkte“ beibehalten und durch Digitalisierung wirtschaftlicher machen | 15 Kommentare

Selektierte Zentralisierung abhängig bspw. vom materiellrechtlichen Schwerpunkt oder der Größe eines Verfahrens | 8 Kommentare



Personalentwicklung

1.845 Reaktionen

94 Kommentare

Einheitliche Arbeitsbedingungen innerhalb der Justiz schaffen | 33 Kommentare

Faire, motivierende und individuelle Personalentwicklungskonzepte entwickeln | 18 Kommentare

Einheitliche und hochwertige Ausbildung, Einarbeitung und Weiterbildung ermöglichen | 15 Kommentare

Die Personalgewinnung mit zentralen und lokalen Elementen professionalisieren | 12 Kommentare



Ergebnisse: 25 Ideen zur Weiterentwicklung der Handlungsfelder



874 Reaktionen

41 Kommentare

**Grundbuchämter durch
Verfahrensvereinfachung und
Zuständigkeitsklärung entlasten** | 16
Kommentare

**Pragmatische, effiziente und sichere
Digitalisierung als Hilfestellung
gewährleisten** | 7 Kommentare

**Arbeitsprozesse innerhalb der Justiz
durch Entbürokratisierung vereinfachen** |
6 Kommentare

**Verfahren durch höhere Hürden für
Berufungen, Befangenheits- und
Verlegungsanträge beschleunigen** | 4
Kommentare



2.284 Reaktionen

75 Kommentare

**Moderne Arbeitsmodalitäten schaffen,
die Flexibilität und Kontinuität vereinen** |
36 Kommentare

**Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
Homeoffice-kompatibel ausstatten** | 10
Kommentare

**Homeoffice-Regelungen
vereinheitlichen, Inanspruchnahme
flexibilisieren** | 10 Kommentare

**Die Ausstattung von Büros verbessern
(v.a. Klimaanlage und Beschattung, aber
auch Einrichtung, höhenverstellbarer
Schreibtisch)** | 3 Kommentare

**Innovative Standortkonzepte erarbeiten,
die Effizienz und Bürgernähe vereinen** | 2
Kommentare



2.956 Reaktionen

131 Kommentare

**Die individuelle Übernahme von Verantwortung "über die
Dienstpflicht hinaus" mit Zulagen oder Höhergruppierungen
honorieren und fördern** | 36 Kommentare

**Gehaltsabstände sowohl zwischen den Diensten als auch
zwischen neuen und älteren Kollegen wahren** | 33
Kommentare

**Schnellere und zwischen Diensten angegliche
Beförderungsstufen und -zeiträume einführen** | 16
Kommentare

**Zusatzleistungen wie beispielsweise Sportzuschüssen
flächendeckend bereitstellen** | 16 Kommentare

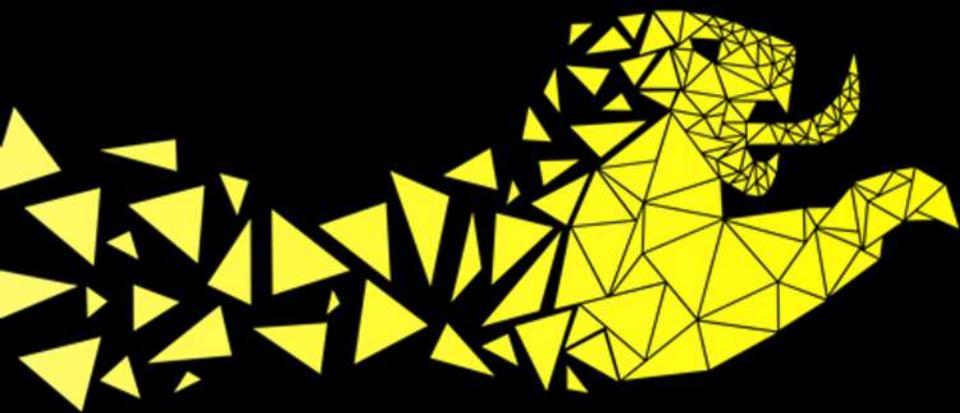
**Faire Einstufungen und Bezahlung bei vergleichbaren
Aufgaben** | 11 Kommentare

**Mit Fortbildungen für Führungskräfte und teambildenden
Maßnahmen das Miteinander stärken** | 10 Kommentare



3.

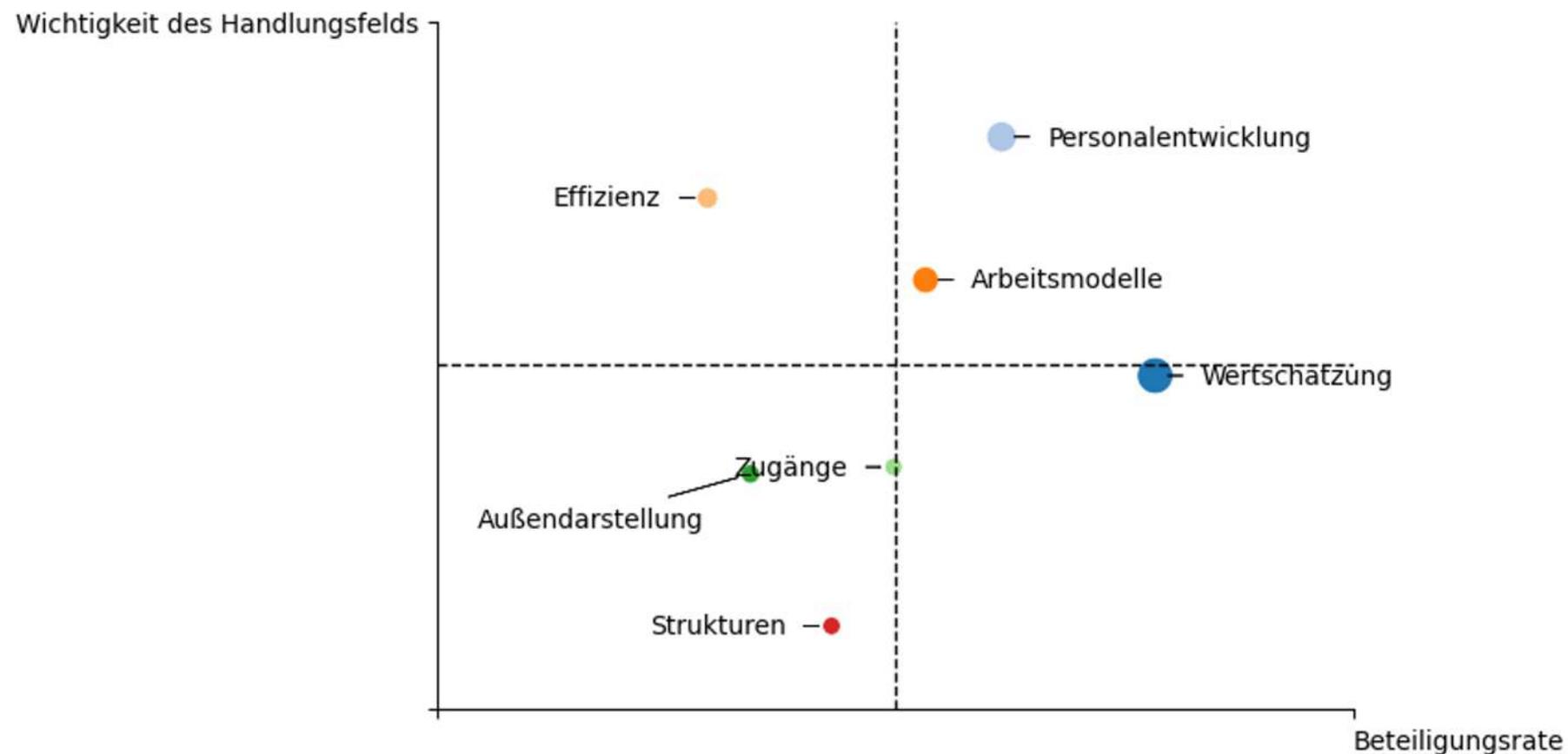
Vergleichende Analyse der Handlungsfelder





Positionierung der Handlungsfelder nach Wichtigkeit und Beteiligungsrate

Die folgende Grafik zeigt den Zusammenhang zwischen der Wichtigkeit des Handlungsfeldes und der Beteiligungsrate:



Beschreibung der zwei Dimensionen:

- **Wichtigkeit des Handlungsfeldes:** Daten, die sich auf die Frage nach der Priorität jedes Handlungsfeldes beziehen
- **Beteiligungsrate:** Durchschnittliche Kommentarrate pro Handlungsfeld und Reaktionsrate pro Handlungsfeld

Diese Matrix zeigt, welche Handlungsfelder **am meisten Unterstützung für dringendes Handeln** erhalten haben und welche **das Interesse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer** durch Reaktionen und Kommentare geweckt haben.

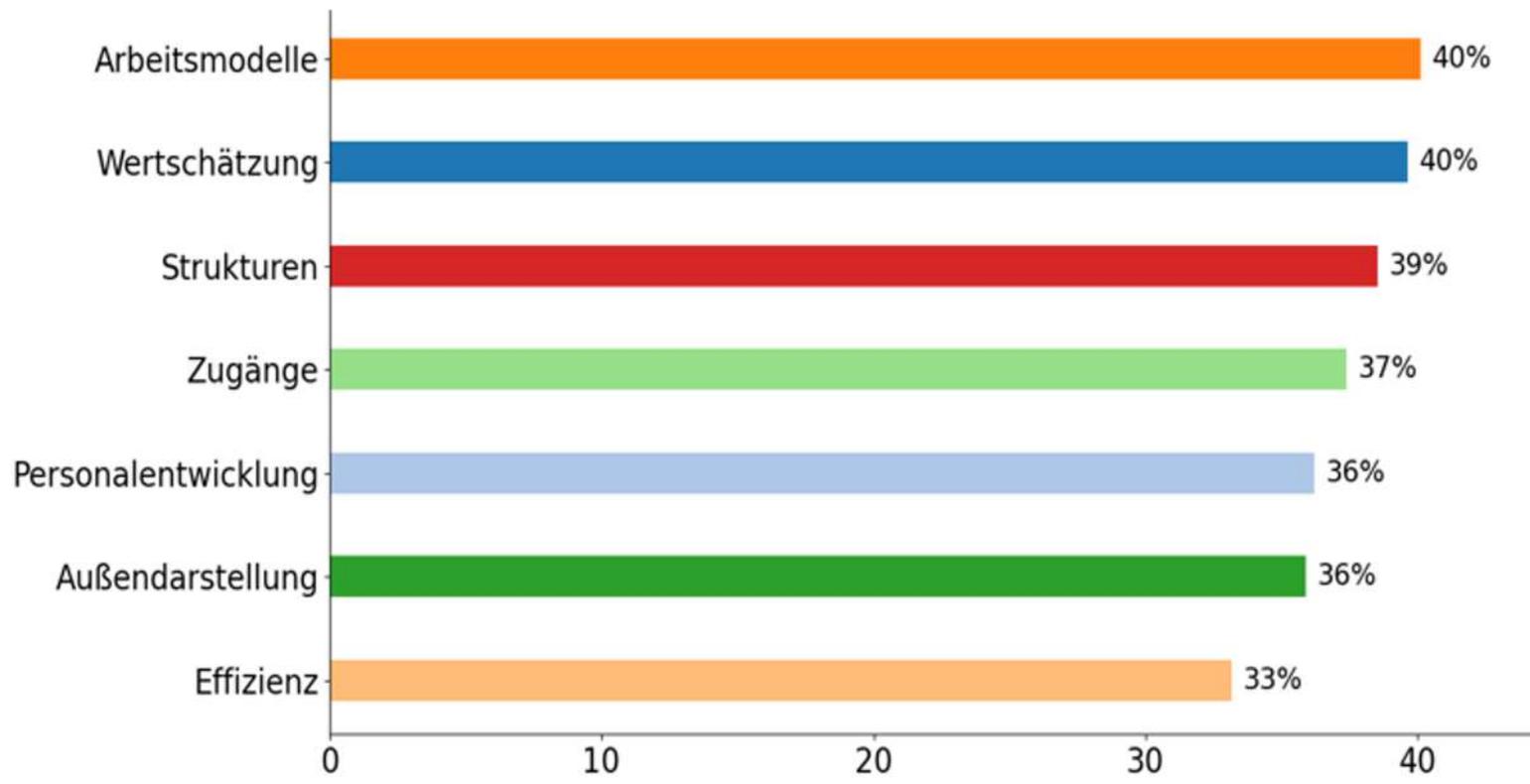
- Die Handlungsfelder „Personalentwicklung“ und „Arbeitsmodelle“ fallen besonders auf: Sie wurden nicht nur als besonders wichtig bewertet, sondern haben auch viele Reaktionen ausgelöst, weil ihr Inhalt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer stark angesprochen hat.
- Im Gegensatz dazu bekamen drei Handlungsfelder etwas weniger Priorität und Interesse: „Zugänge“, „Außendarstellung“ und vor allem „Strukturen.“
- Zwei Handlungsfelder haben zudem eine besondere Position: „Effizienz“, das zwar als wichtig eingestuft wurde, aber weniger Reaktionen hervorrief, und „Wertschätzung“, das zwar vergleichsweise keine hohe Priorität hatte, aber dennoch die meisten Reaktionen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auslöste.



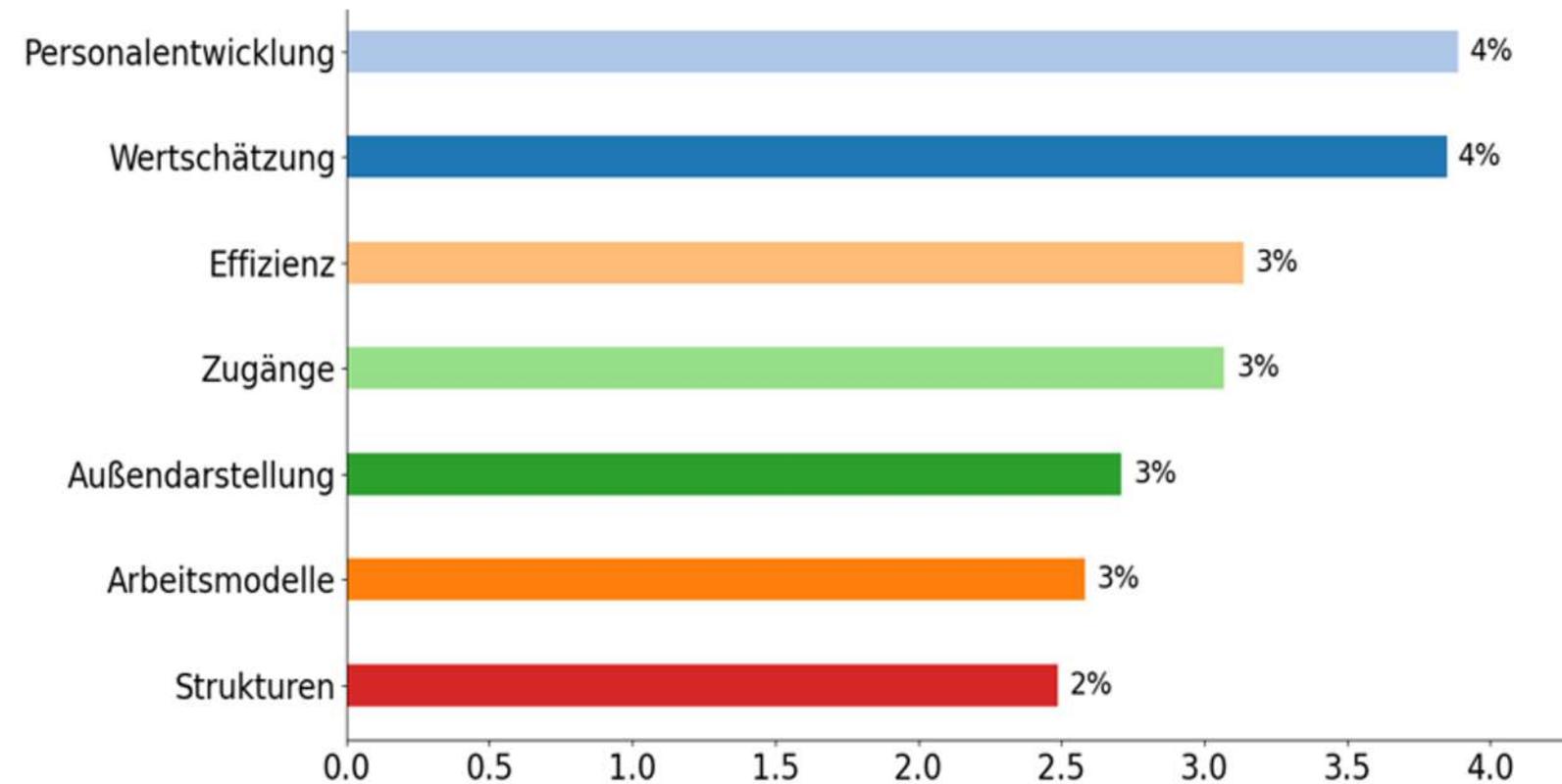
Beteiligungsrate: Reaktionsrate + Kommentarrate

Die **Reaktionsrate** gibt den Anteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an, die auf der Plattform waren und mindestens zu einer Dimension eines Handlungsfeldes abgestimmt haben. Die **Kommentarrate** beschreibt die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die auf der Plattform waren und mindestens einen Kommentar zu einem Handlungsfeld abgegeben haben. Eine hohe Reaktions- und Kommentarrate deutet auf ein gesteigertes Interesse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer hin.

Reaktionsrate



Kommentarrate

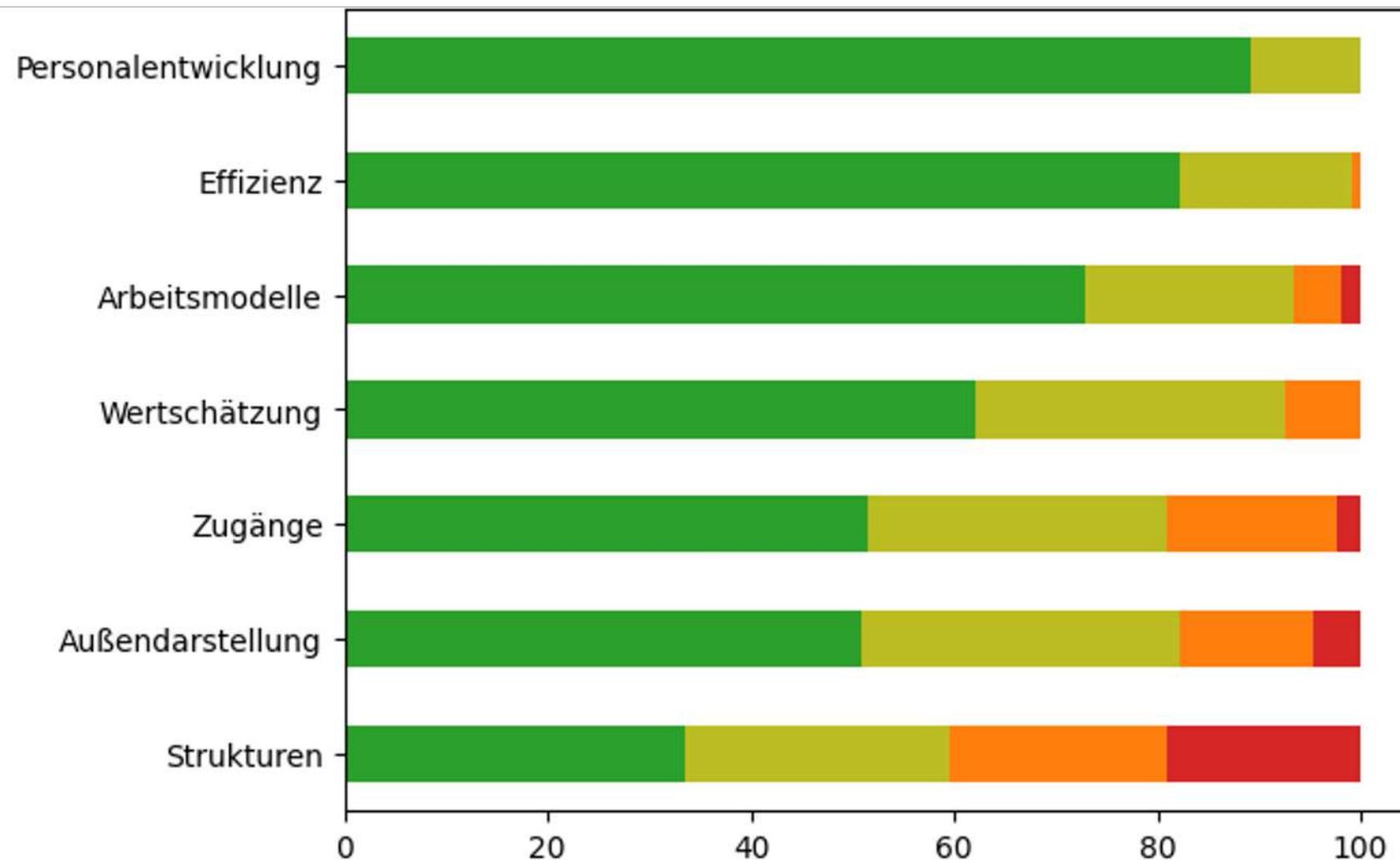




Dimension: Wichtigkeit des Handlungsfeldes

Es wurde gefragt: "Sind diese Themen wichtig?"

Wichtigkeit des Handlungsfeldes



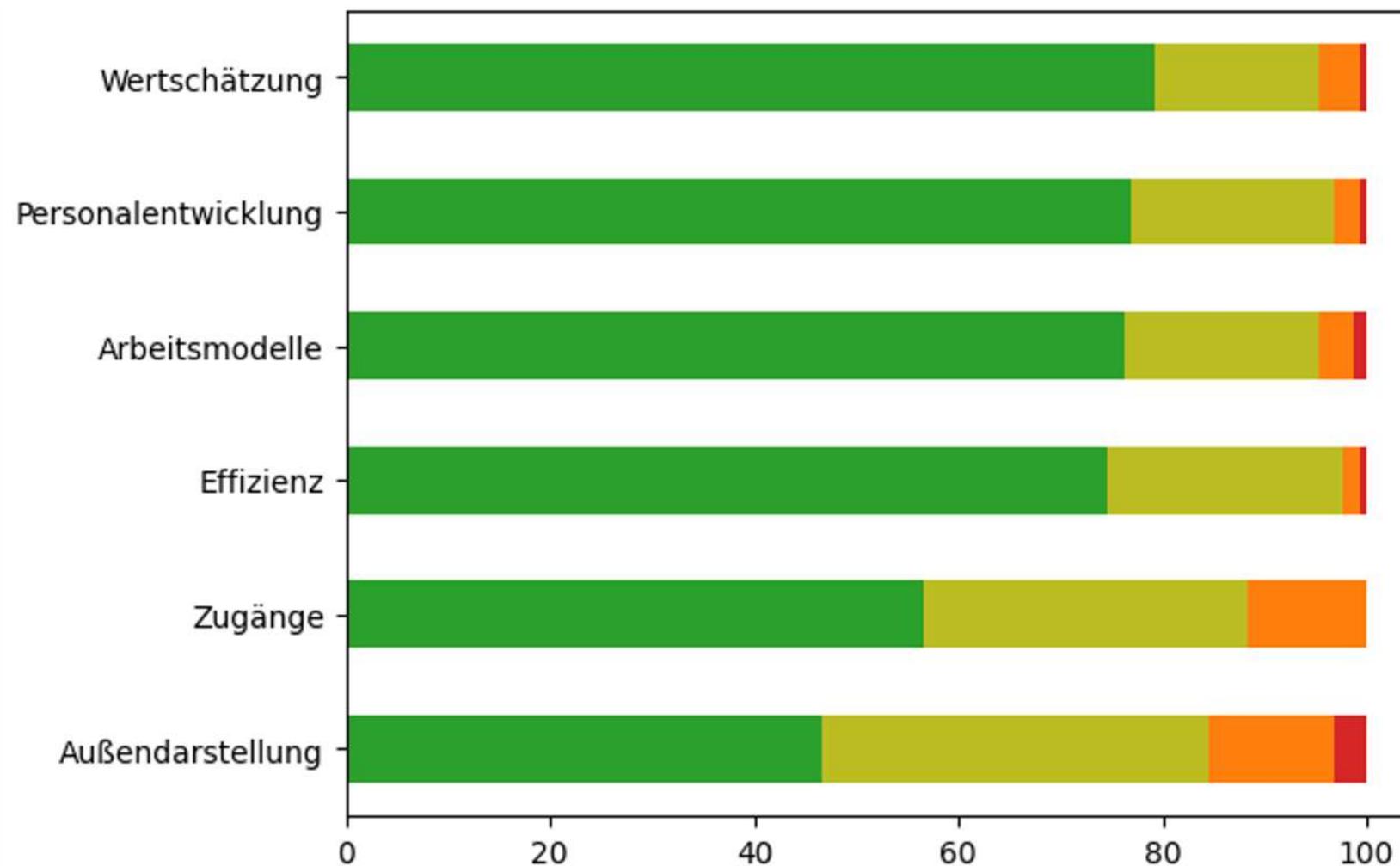
- Alle sieben Handlungsfelder werden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern als wichtig erachtet.
- Die Handlungsfelder zur Personalentwicklung sowie zur Effizienz der Justiz werden als die bedeutendsten angesehen.
- Die Handlungsfelder zur Außendarstellung der Justiz, zu den Zugängen zur Justiz und zur Strukturdiskussion werden zwar ebenfalls überwiegend als wichtig eingeordnet, vergleichsweise jedoch weniger als die übrigen Handlungsfelder.



Dimension: Zustimmungsrates zu den beliebten Ideen der ersten Online-Beteiligung

Es wurde gefragt: "Sind das die richtigen Ansätze, um die Justiz in Baden-Württemberg für die Zukunft zu rüsten?"

Zustimmungsrate



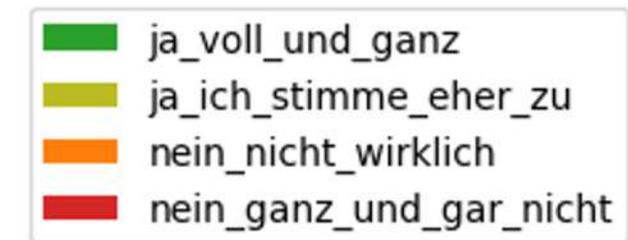
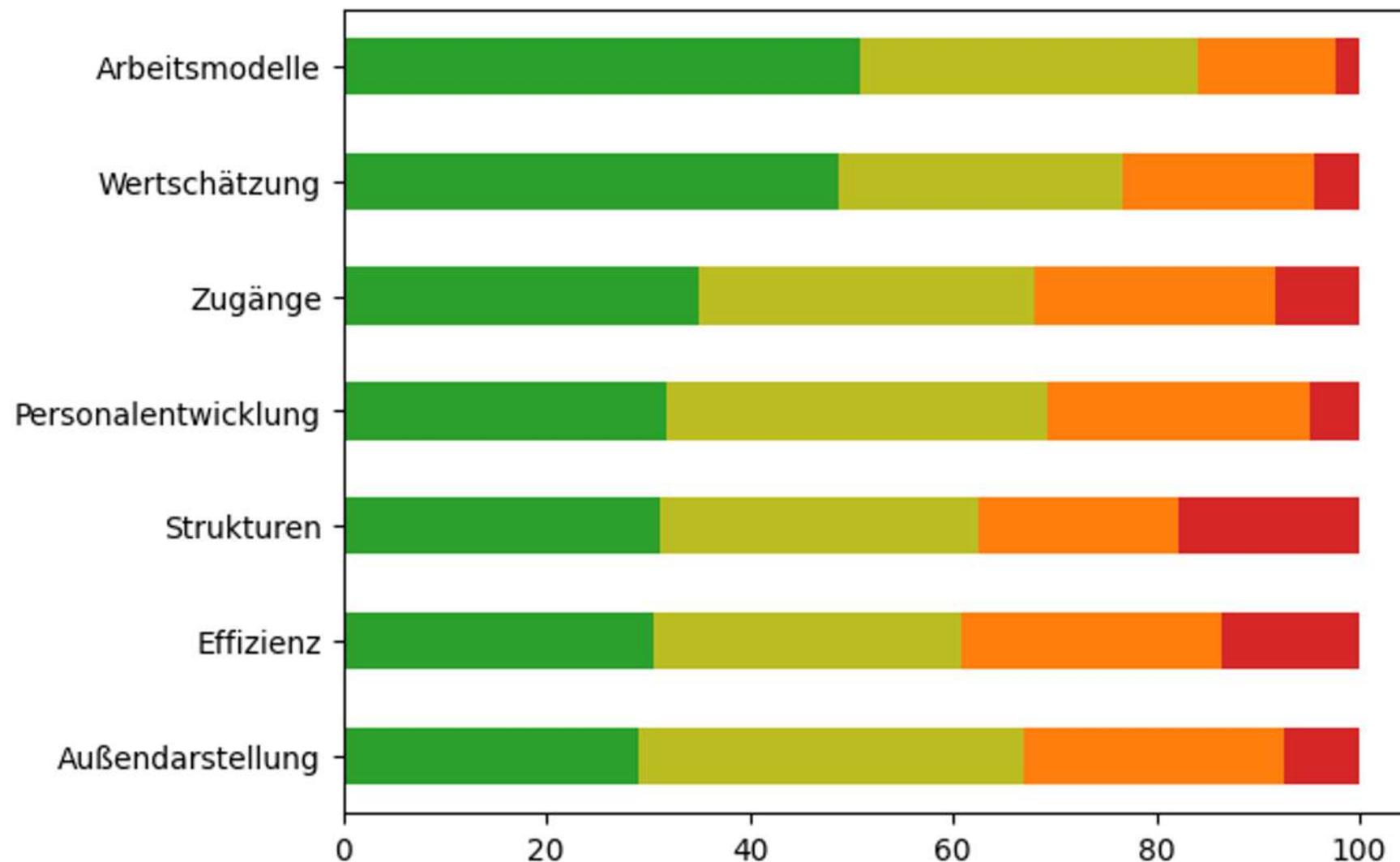
- Eine große Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist der Ansicht, dass die beliebten Ideen aus der ersten Online-Beteiligung die richtigen Ansätze sind, um die Justiz für die Zukunft zu rüsten.
- Die hohen Zustimmungsraten (über 80 %) für viele Handlungsfelder deuten jedoch auf eine verhältnismäßig geringere Zustimmung für die Ideen zur Außendarstellung der Justiz und zu den Zugängen zur Justiz hin.



Dimension: Diskussionsbedarf der umstrittenen Ideen der Online-Konsultation

Es wurde gefragt: "Sollen diese Themen intensiver diskutiert werden?"

Diskussionsbedarf

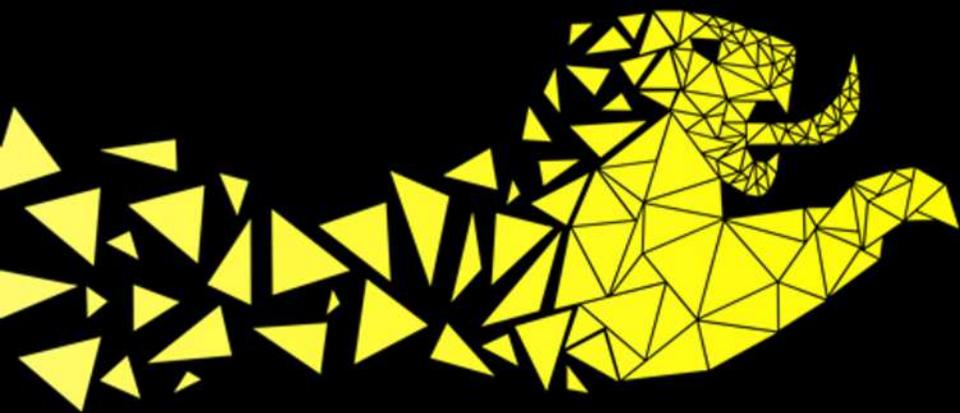


- Die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind der Meinung, dass jedes Projekt weiterhin diskutiert werden sollte.
- Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigen am wenigsten Interesse an einer Fortführung der Diskussion zu Strukturen und zur Effizienz der Justiz.



4.

Analyse der einzelnen Handlungsfelder

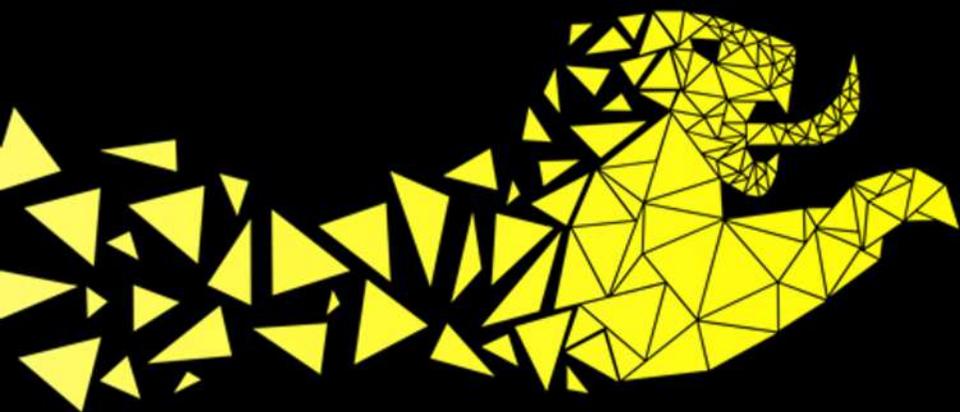




Handlungsfeld 1

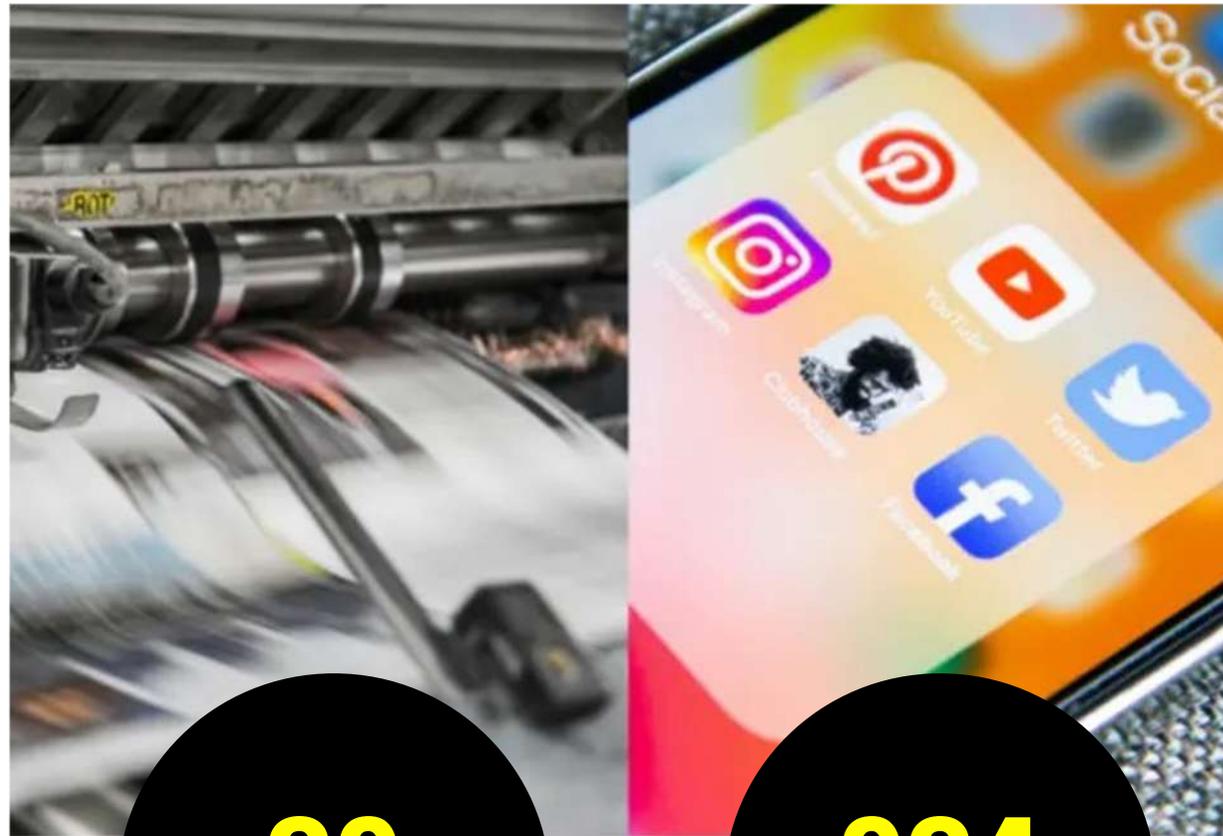
Wir sind Justiz!

**Moderne Außendarstellung und effektive
Medienarbeit fördern**





Handlungsfeld: Wir sind Justiz! – Moderne Außendarstellung und effektive Medienarbeit fördern



29
Kommentare

924
Reaktionen

Wo liegt das Problem?

Eine positive Außendarstellung macht die Justiz attraktiver – sowohl als Institution als auch als Arbeitgeberin. Dafür braucht es eine professionelle Presse- und Medienarbeit, die alle Möglichkeiten inklusive Sozialer Medien nutzt. Das ist besonders wichtig, weil sich die Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt ganz wesentlich verändert haben und Soziale Medien jetzt eine zentrale Rolle spielen. Auch die Pressearbeit der Gerichte und Behörden muss sich an die Veränderungen in der Medienlandschaft – weg von Printmedien hin zu Onlinezeitungen und Sozialen Medien – anpassen. Öffentlichkeitsarbeit muss mit der Zeit gehen, um die Justiz als zentrale Säule des Rechtsstaats der Bevölkerung zu erklären und näherzubringen.

Sind diese Themen wichtig?

- 😊 JA, VOLL UND GANZ
- 😐 JA, ICH STIMME EHER ZU
- 😞 NEIN, NICHT WIRKLICH
- 😞 NEIN, GANZ UND GAR NICHT



Die wichtigsten Erkenntnisse

- Eine **überwiegend konstruktive Beteiligung** durch 81% an konstruktiven Vorschlägen. Diese eint der Wunsch der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach einem **einheitlichen und professionellen Auftritt nach außen**. Genannt werden etwa Strategien für Social Media und generationenübergreifende Öffentlichkeitsarbeit sowie Vorschläge zu einem modernen Internetauftritt der Justiz.
- Die Kommentare heben die **Bedeutung der Wahrnehmung der Justiz in der Öffentlichkeit** hervor und nennen dafür Gründe wie beispielsweise das gesellschaftliche Vertrauen in den Rechtsstaat oder auch die Nachwuchsgewinnung.
- Im Vergleich zu den anderen Handlungsfeldern war dieses Feld weniger wichtig (auch wenn mehr als 50% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Wichtigkeit bejaht haben) und hat weniger Kommentare und Reaktionen erzeugt.

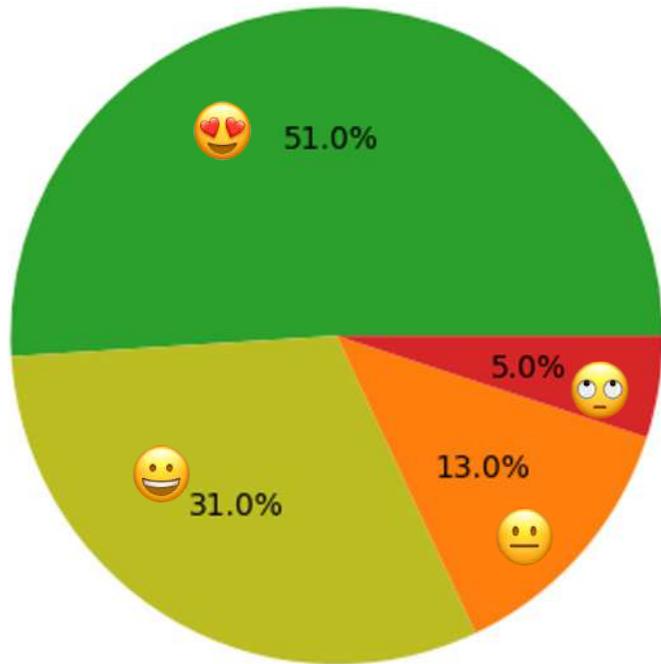
Ideen zur Weiterentwicklung des Handlungsfeldes, die sich aus den Kommentaren ableiten lassen:

1. Die öffentliche Wahrnehmung des Justizwesens proaktiv stärken
2. Den "Auftritt nach Außen" vereinheitlichen und professionalisieren

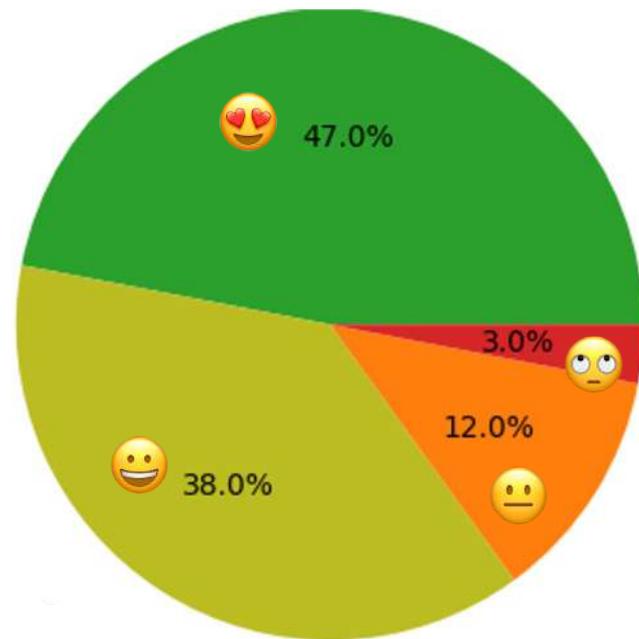


Bewertung und Art der Kommentare

Wichtigkeit



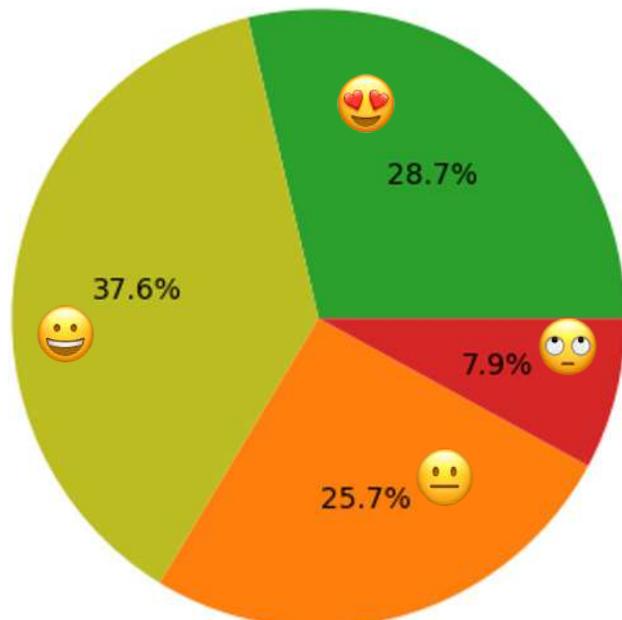
Zustimmungsrate



Art der Kommentare



Diskussionsbedarf



- ❤️ *Ja, voll und ganz*
- 😊 *Ja, ich stimme eher zu*
- 😐 *Nein, nicht wirklich*
- 😞 *Nein, ganz und gar nicht*



Die öffentliche Wahrnehmung des Justizwesens proaktiv stärken

13

Kommentare

- **Entwicklung einer professionellen, einheitlichen Social Media Strategie** um insbesondere auch jüngere Zielgruppen zu erreichen.
- **(Teilweise) Freistellung geeigneter Justizbediensteter** für eine professionellere Öffentlichkeitsarbeit.
- **Zentrale Prüfung von Rezensionen auf Bewertungsplattformen** (z. B. durch Anlaufstelle für Hassangriffe), um die Löschung beleidigender Kommentare zu veranlassen, die namentlich Justizangehörige angreifen.

“Eine erfolgreiche Social-Media-Präsenz der Justiz erfordert eine langfristige Strategie, ausreichend Ressourcen und die Bereitschaft, sich auf neue Kommunikationswege einzulassen. Die Investition [...] lohnt sich, denn sie trägt dazu bei, das Ansehen der Justiz zu stärken und für die Zukunft zu sichern.”

Bubuagar

“Die Justiz [muss] durch moderne Außendarstellung und effektive Medienarbeit Sicherheit, Vertrauen und Begeisterungsfähigkeit für beziehungsweise in einen funktionierenden und wehrhaften Rechtsstaat vermitteln. Dies kann nur durch kontinuierliche und professionelle Öffentlichkeitsarbeit in allen Medien erfolgen [...]”

Levi

“Ich denke, dass professionelle Auftritte von zeitlich freigestellten Bediensteten größere Erfolge haben werden, weil die Personen, die dieses Amt übernehmen es freiwillig machen und somit unsere Berufsfelder positiv präsentieren und ungezwungen auf Menschen außerhalb der Justiz zugehen.”

Michael



Den "Auftritt nach Außen" vereinheitlichen und professionalisieren

6

Kommentare

- **Modernisierung und Vereinheitlichung des Internetauftritts** der Gerichte und Staatsanwaltschaften zur Verbesserung der Nutzerfreundlichkeit und Übersichtlichkeit.
- **Bereitstellung zentraler Inhalte für Bürgerinnen und Bürger** wie Formulare, Videos und „Chatbots“ zur Entlastung der Dienststellen vor Ort.
- **Orientierung an gelungenen Internetauftritten anderer Länder** (genannt wurde z.B. NRW), um ansprechende und funktionale Onlineangebote zu schaffen.
- Einführung einer **barrierefreien Version der Website** mit anpassbarem Design für unterschiedliche Nutzerbedürfnisse. Ebenso Bereitstellung von Informationen in **leichter Sprache**, um eine breite Zugänglichkeit für alle Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen.

“Es ist dringend notwendig, den Internetauftritt der Gerichte und Staatsanwaltschaften zu modernisieren (etwa auf das Website-Design der beiden OLGs) und den Inhalt zu vereinheitlichen und übersichtlicher zu gestalten. Es ist wichtig, dass sich Bürgerinnen und Bürger [...] angemessen informieren können.”

Philipp

“[Es] sollte auch geprüft werden, ob das neue einheitliche Design der Homepage nicht über einen Button auf "barrierefrei" umgestellt werden kann, um über eine farbliche und differenzierte Gestaltung für diejenigen, die einen barrierefreien Zugang nicht benötigen, die Homepage ansprechend zu gestalten.”

Barbara

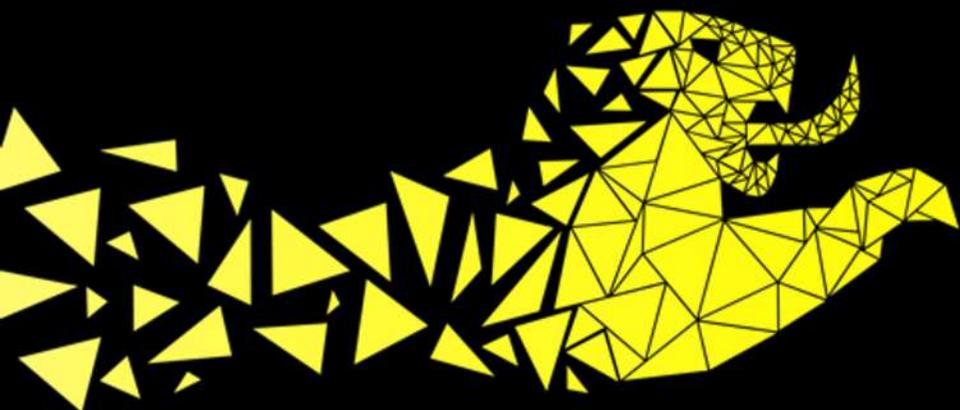
“Auch sollte es mehr zentrale Inhalte geben (Formulare, Videos, Chatbots), welche die Dienststellen vor Ort stark entlasten könnten.”

Matthias



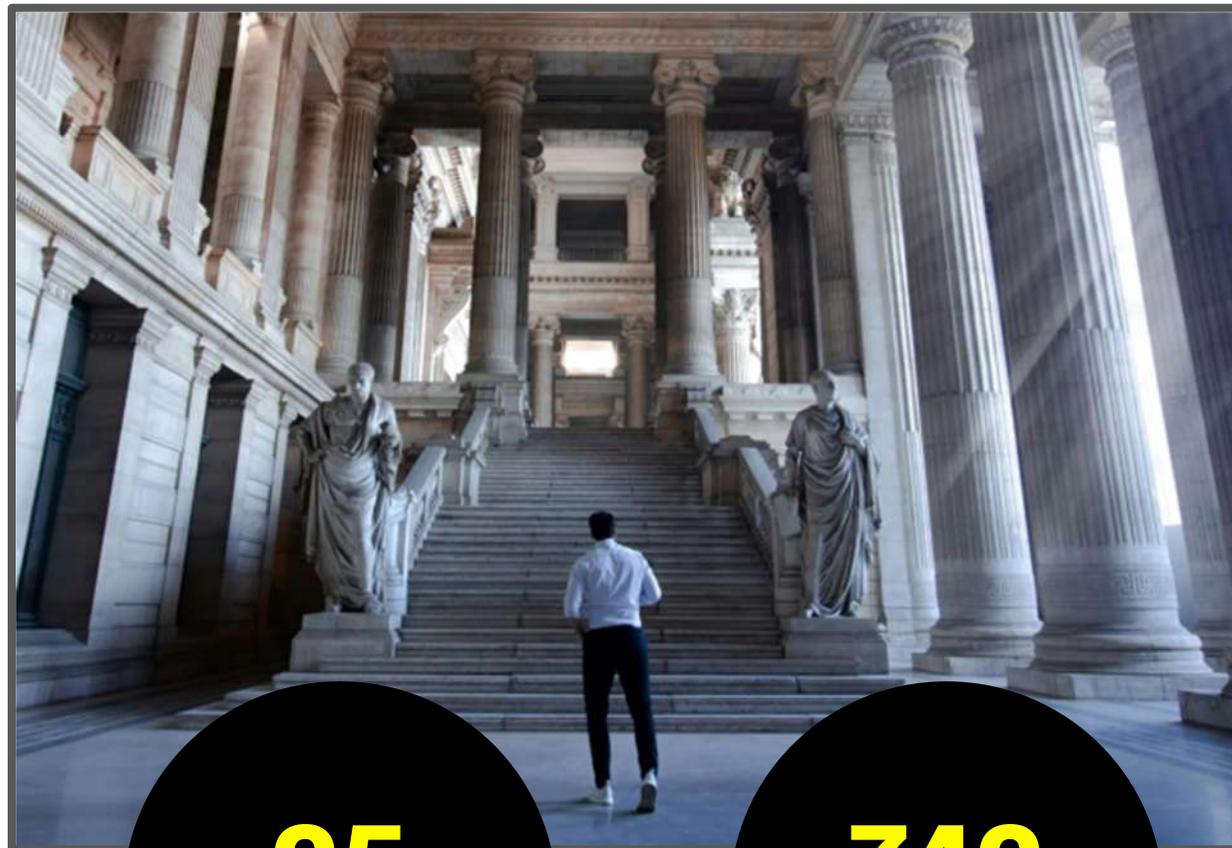
Handlungsfeld 2

**Zugänge zur Justiz niederschwellig,
bürgerfern und modern gestalten**





Handlungsfeld: Zugänge zur Justiz niederschwellig, bürgernah und modern gestalten



25
Kommentare

742
Reaktionen

Wo liegt das Problem?

Papierakten in Zivilsachen sind Vergangenheit. Die Justiz in Baden-Württemberg ist hier digital schon gut aufgestellt. Trotzdem zeigen bundesweite Studien, dass die Anzahl der eingehenden Fälle stark zurückgeht. Bürgerinnen und Bürger beklagen zu viel Bürokratie, Langsamkeit und mangelnde Effizienz der Gerichte. Es wird von einem Vertrauensverlust gesprochen. Wie schafft die Justiz der Zukunft den Spagat zwischen Staatsgewalt und Dienstleisterin?



Sind diese Themen wichtig?

👍 JA, VOLL UND GANZ

😐 JA, ICH STIMME EHER ZU

😞 NEIN, NICHT WIRKLICH

😡 NEIN, GANZ UND GAR NICHT



Die wichtigsten Erkenntnisse

- Knapp **die Hälfte der Kommentare enthielt konstruktive Vorschläge** zu diesem Handlungsfeld. Diese betrafen sowohl den internen Zugang zu Informationen wie die Recherchen in juristischen Datenbanken als auch die Frage, wie Bürgerinnen und Bürger besser dabei unterstützt werden könnten, die für sie relevanten Informationen zu erhalten. Insgesamt betonten die Kommentare die Wichtigkeit, **Verfahrensabläufe und Leistungen an den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer** – ob Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder Bürgerinnen und Bürger – auszurichten.
- Mit einem Anteil von **24% an Erfahrungsberichten und 20% an kritischen Kommentaren** wurde dieses Handlungsfeld **weniger konstruktiv** diskutiert als andere. Erfahrungsberichte thematisierten dabei beispielsweise schlechte Erfahrungen mit KI oder mangelnde Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern. Teilweise äußerten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kritisch hinsichtlich der fortschreitenden Digitalisierung.
- Im Vergleich mit den anderen Handlungsfeldern wurde diesem Feld eine weniger hohe Priorität eingeräumt.

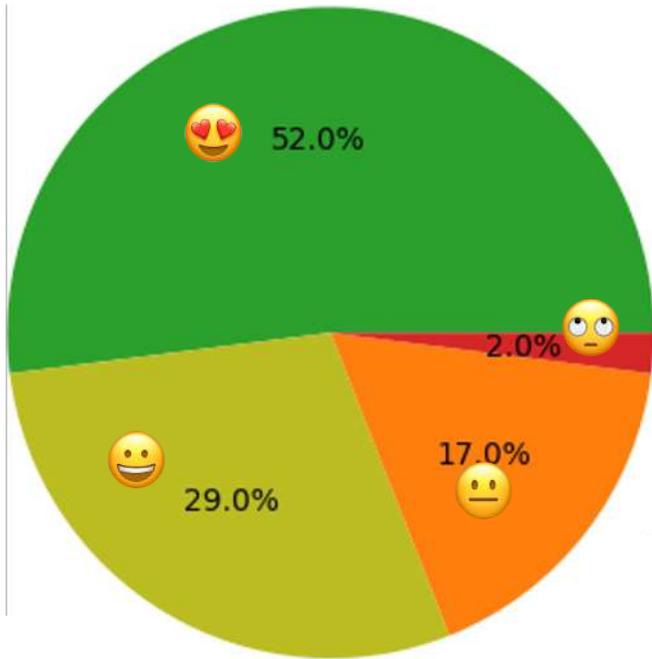
Ideen zur Weiterentwicklung des Handlungsfeldes, die sich aus den Kommentaren ableiten lassen:

1. KI-gestützte Informationen zur Justiz und Rechtsprechung bereitstellen
2. Nutzerzentrierte und multimediale Zugänge zur Justiz bereitstellen

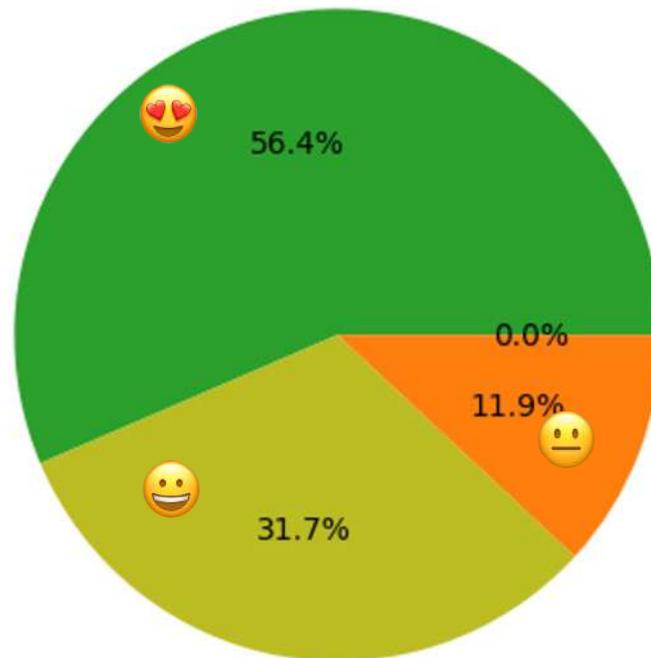


Bewertung und Art der Kommentare

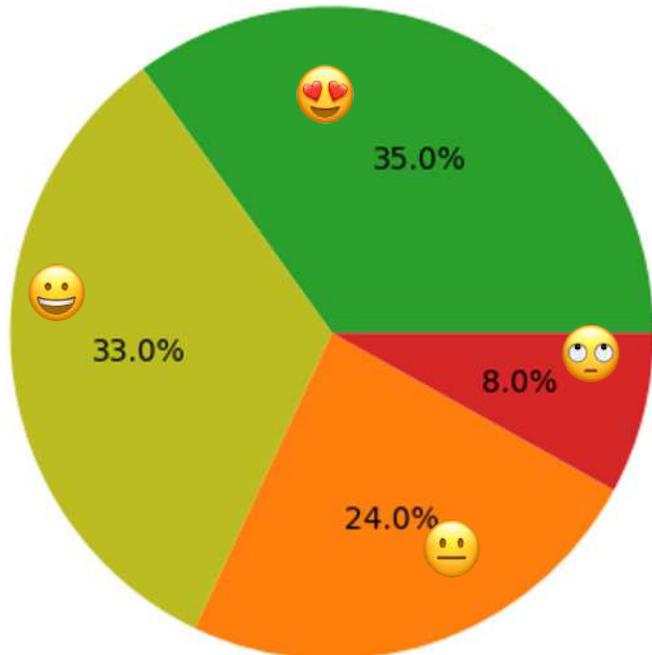
Wichtigkeit



Zustimmungsrate



Diskussionsbedarf



- ❤️ *Ja, voll und ganz*
- 😊 *Ja, ich stimme eher zu*
- 😐 *Nein, nicht wirklich*
- 😞 *Nein, ganz und gar nicht*





KI-gestützte Informationen zur Justiz und Rechtsprechung bereitstellen



Kommentare

“Insbesondere in Themenfeldern, die regelmäßig sehr gleichförmig ablaufen, kann KI eine große Unterstützung und Hilfe sein. Ebenso bei der Recherche von Rechtsprechung etc. Wenn man beispielsweise ChatGPT o.Ä. auf juristische Datenbanken loslässt, könnte die Recherche und Suche erheblich verbessert werden gegenüber den ungenügenden Suchfunktionen bei juris und beck-online. [...]”

Alex

“In Bezug auf Beck online oder Juris, benötigt man manchmal Stunden, um nach einem Fall zu suchen, der sein Rechtsthema betrifft, nur um am Ende herauszufinden, dass es bisher wohl noch nichts gab, was genau dem gesuchten Problem entspricht. Das führt häufig zu enormer Zeitverschwendung. Deshalb, wäre eine KI sinnvoll, die [...] nach Fallzusammenhängen absuchen kann.”

J.

“Hilfreich wäre ggfs. außerdem eine KI gestützte Chatfunktion oder Plattform, auf der Bürger mit Multiple Choice Fragen zum richtigen Merkblatt oder Vordruck geleitet werden.”

Marianne

- KI könnte bei der **Recherche von Rechtsprechung in juristischen Datenbanken** erheblich unterstützen und damit Zeit sparen.
- Eine KI-gestützte **Chatfunktion** oder Multiple-Choice-Plattform könnte Bürgerinnen und Bürger effizient bei der Suche nach Informationen oder Formularen unterstützen.
- In einfachen und gleichförmigen Fällen könnte KI als Unterstützung oder sogar als **Eingangsstanz** genutzt werden, jedoch muss die endgültige Entscheidung beim Menschen liegen.
- Bei Ermessensentscheidungen oder personenbezogenen Prognosen darf KI **den menschlichen Richter nicht ersetzen**, insbesondere im Strafrecht.



Nutzerzentrierte und multimediale Zugänge zur Justiz bereitstellen



Kommentare

- Verwendung einer **verständlichen Sprache** in juristischen Dokumenten und Verfahren.
- Bereitstellung von Erklärungen in **einfachen, verständlichen Videos** anstelle von “Merkblättern”.
- Einführung **nutzerfreundlicher E-Mail-Kommunikation** zur Erleichterung des Zugangs zu Leistungen der Justiz.
- **Automatisierte Kontrolle der Vollständigkeit von Anlagen** durch digitale Checks.
- **Implementierung von Chatbots zur Navigation und Unterstützung** bei der Suche nach Informationen und Formularen.

“Mein Vorschlag wäre zentrale Portale herzustellen, damit sich die Bürger nicht mehrfach registrieren müssen. [...] Es wäre praktisch das Portal so auszugestalten, dass ein Antrag nicht verschickt wird, wenn eine wichtige Anlage fehlt. So können erste Schreiben zur Nachforderung von Anlagen vermieden werden.”

Priscilla

“Bürgernahe Sprache auf Merkblättern ist ein absolut zentrales Thema! Mag sein, dass die Merkblätter und Anschreiben [...] zwar rechtlich jeden Fall abdecken und vollständig belehren und informieren. Viele der Zettel sind allerdings für den Durchschnittsbürger nur sehr schwer bis gar nicht verständlich [...]”

Philipp

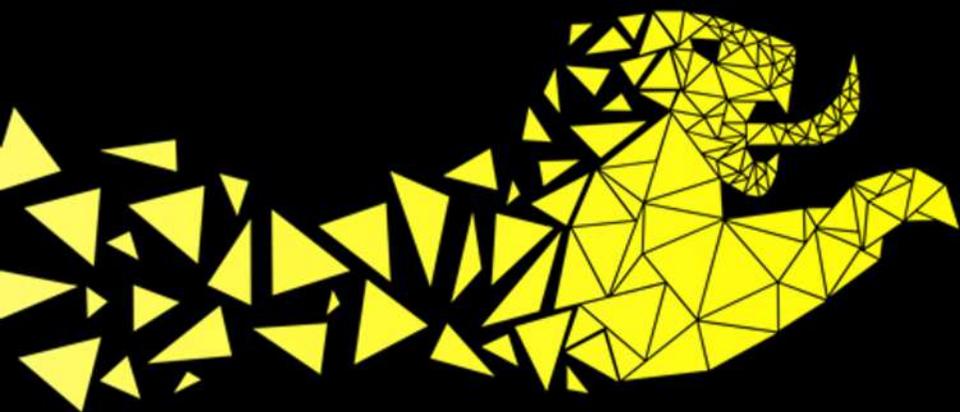
“Erklärvideos halte ich für eine sehr sinnvolle Idee. Merkblätter oder Vordrucke sind gut und wichtig. Wenn die Bürger aber nicht wissen, welchen der vielen Vordrucke sie in ihrem speziellen Fall nun benötigen, hilft es mir als Gericht trotzdem nicht, wenn sie einen Vordruck zwar theoretisch richtig ausfüllen, es aber dennoch der falsche Vordruck ist, weil eigentlich etwas ganz Anderes gewollt war.”

Andreas



Handlungsfeld 3

Über Strukturen diskutieren





Handlungsfeld: Über Strukturen diskutieren



24
Kommentare

922
Reaktionen

Wo liegt das Problem?

Die Justiz in Baden-Württemberg ist breit aufgestellt. Behörden und Gerichte sind in zahlreichen Gebäuden über das Land verteilt und auch im ländlichen Raum stark vertreten. An manchen Gerichtsstandorten werden sehr große Gebäude für nur wenige Personen genutzt und unterhalten. Nicht zuletzt die Schubkraft der Digitalisierung und Nachwuchsmangel auf dem Land lassen Stimmen lauter werden, die eine Verringerung kleiner Standorte befürworten. Auch die Themen Sicherheit, Spezialisierung und Effizienz spielen eine große Rolle. Werden Instrumente wie „Home Office“, Videoverhandlungen und elektronische Akten die kleinsten Standorte irgendwann überflüssig machen?

Sind diese Themen wichtig?

😊 JA, VOLL UND GANZ

😐 JA, ICH STIMME EHER ZU

😐 NEIN, NICHT WIRKLICH

😞 NEIN, GANZ UND GAR NICHT



Die wichtigsten Erkenntnisse

- Mit einem Anteil von **83% an konstruktiven Vorschlägen** waren die Kommentare vorwiegend zielorientiert zur Weiterentwicklung des Handlungsfeldes. 12% der Kommentare äußerten sich kritisch, insbesondere in Bezug auf Kürzungen beim Personal und die Schließung von kleinen Standorten.
- Der Hauptfokus der Beteiligung lag auf dem **Spannungsfeld zwischen einer Zentralisierung bzw. Zusammenlegung kleinster Justizeinrichtungen und der flächendeckenden Aufrechterhaltung der Angebote des Justizwesens insbesondere im ländlichen Raum**. Auch wenn das Handlungsfeld mit 24 Kommentaren relativ wenig Beteiligung erfuhr, lässt sich hervorheben, dass sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer **verschiedener Prioritäten eines zukunftsgerichteten Justizwesens** bewusst waren (bspw. Wirtschaftlichkeit, Austauschmöglichkeiten, Bürgernähe) und **konstruktive Vorschläge zu Lösungen** machten.
- Insgesamt erfuhr dieses Handlungsfeld am wenigsten Beteiligung.

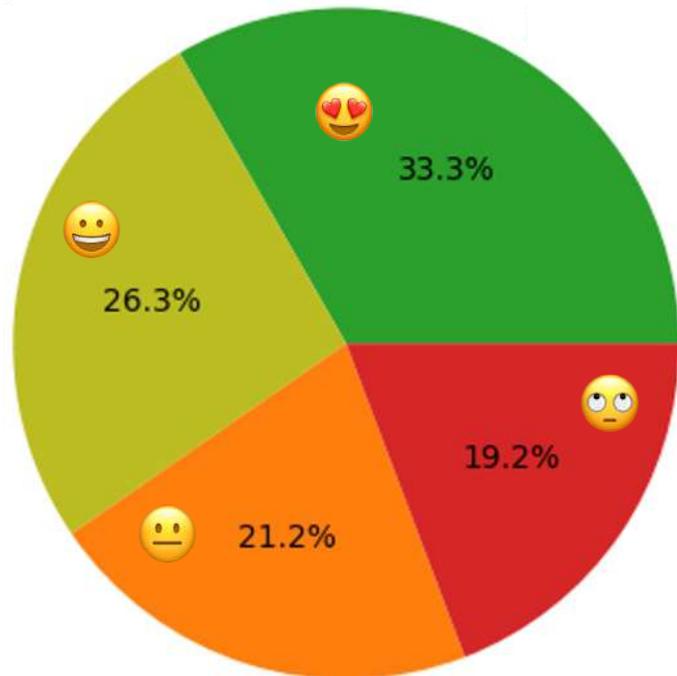
Ideen zur Weiterentwicklung des Handlungsfeldes, die sich aus den Kommentaren ableiten lassen:

1. Kleine Justizstandorte als „Servicepunkte“ beibehalten und durch Digitalisierung wirtschaftlicher gestalten
2. Selektierte Zentralisierung abhängig bspw. vom materiellrechtlichen Schwerpunkt oder der Größe eines Verfahrens

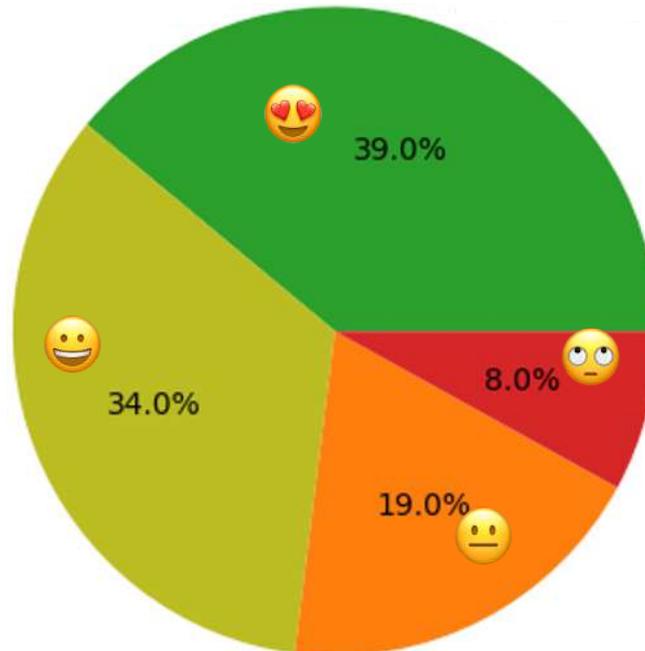


Bewertung und Art der Kommentare

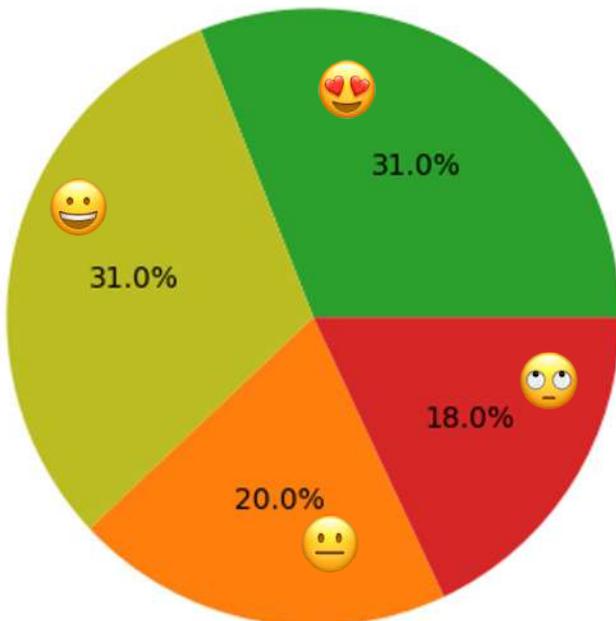
Wichtigkeit



Zustimmungsrate



Diskussionsbedarf



- 💖 *Ja, voll und ganz*
- 😊 *Ja, ich stimme eher zu*
- 😐 *Nein, nicht wirklich*
- 😞 *Nein, ganz und gar nicht*

Art der Kommentare





Kleine Justizstandorte als „Servicepunkte“ beibehalten und durch Digitalisierung wirtschaftlicher gestalten

15

- Kleine Standorte als „**Servicepunkte**“ zur **Unterstützung und Beratung vor Ort** beibehalten.
- Ersetzung kleinster Justizeinheiten durch "**Gerichtskioske**", die bei lokalen Behörden angesiedelt sind.
- Förderung der **Homeofficemöglichkeiten** zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit kleiner Standorte bei gleichzeitiger Bürgernähe.
- **Ausbau von Onlineangeboten als Ergänzung von lokalen Beratungsangeboten**, bspw. könnten Servicepunkte für die Einreichung der richtigen Anträge beratend zur Seite stehen.

Kommentare

“[...] warum können die kleinsten Gerichte nicht durch eine Art "Gerichtskiosk" ersetzt werden, der in einer lokalen Behörde angesiedelt ist und als Anlaufstelle für den Bürger fungiert? Dort könnte vielleicht auch ein kleiner Raum eingerichtet werden, um an videokonferenzbasierten Gerichtsverfahren teilzunehmen.”

Andreas

[...] wollen wir Dienstleistung für alle, auch für ältere Leute, [...], was bedeutet, dass wir kleinere Gerichte vor allem in großen Flächenlandgerichtsbezirken vorhalten müssen oder genügen vielleicht kleinere Servicepunkte, bei denen die Menschen Anträge einreichen und gleichzeitig sich beraten lassen können, [...]"

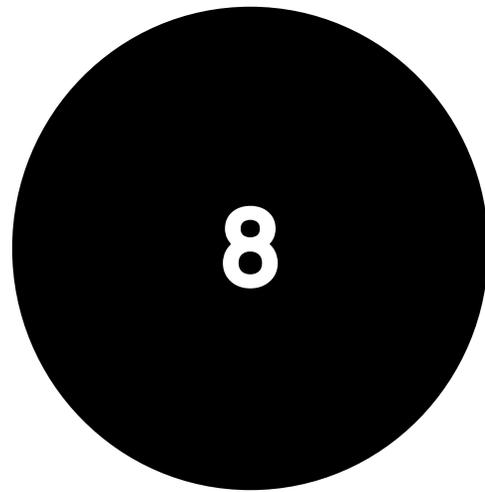
D.

“Dank Digitalisierung ergeben sich neue Optionen bei der Standortfrage. So wäre es für Servicekräfte u.U. attraktiv, digital in den für das Wohnen günstigen Außenbezirken für Gerichte in den großen Zentren auf Distanz zu arbeiten. Vor Ort könnten Sprechstunden + Gerichtstage dennoch Bürgernähe wahren.”

Jörg Müller



Selektierte Zentralisierung abhängig bspw. vom materiellrechtlichen Schwerpunkt oder der Größe eines Verfahrens



- Schaffung von **Justizzentren**, die durch ein **starkes Netzwerk** mit kleineren Standorten verbunden sind.
- **Bündelung von Fachwissen** durch die Zentralisierung, um den fachlichen Austausch zu fördern.
- Zusammenfassung gewählter kleiner Standorte zur **Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, Wissenskonzentration und Vertretungsmöglichkeiten**.

Kommentare

“(...) Justizzentren, die zum Beispiel Amts- und Landgerichte sowie Staatsanwaltschaften unter einem Dach vereinen, können wertvolle Synergieeffekte schaffen. Auch die Errichtung eines Obersten Landesgerichts nach bayrischem Vorbild (...) wäre in diesem Zusammenhang wertvoll.”

Levi

“Zentralisierung sollte meines Erachtens nicht generell als Lösung gesehen werden, [...] kann aber sinnvoll sein, wenn dadurch Themenschwerpunkte und spezielle Kompetenzzentren geschaffen werden für besonders komplexe Themengebiete (z.B. Cybercrime, Finanzkriminalität, Geldwäsche, o.ä.)”

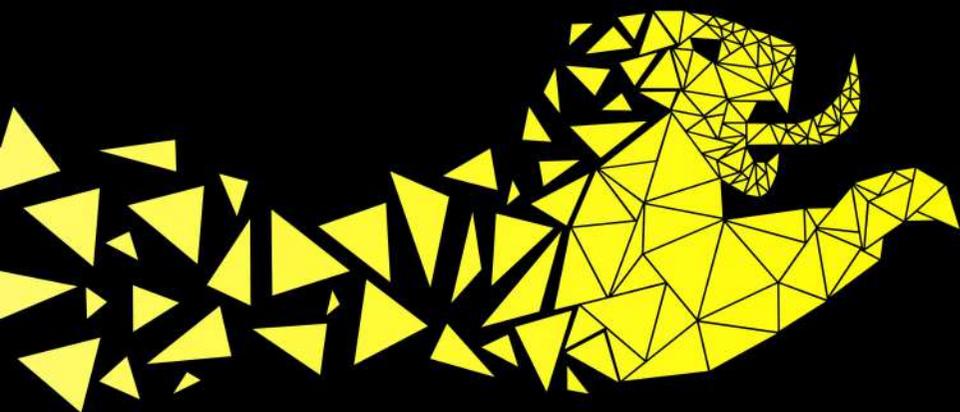
Joey

“Der Vorteil der Schließung von Kleinstgerichten ist auch, die Wissensbündelung und Konzentration. An kleinen Gerichten hat man viel weniger Ansprechpartner und ist ggf. die einzige Person in dem Rechtsgebiet. An größeren Gerichten findet man immer jemanden, den man fragen kann, was die Arbeit [...] erheblich erleichtert.”

Alex

Handlungsfeld 4

**Wege in die und innerhalb der Justiz:
Personalgewinnung, Karriere, Aus- und
Fortbildung stärken**





Handlungsfeld: Wege in die und innerhalb der Justiz: Personalgewinnung, Karriere, Aus- und Fortbildung stärken



94

Kommentare

1.845

Reaktionen

Wo liegt das Problem?

Berufe in der Justiz sind anspruchsvoll. Die Tätigkeit bringt Verantwortung mit sich. Sie erfordern Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit. Zugleich wird es immer schwieriger, offene Stellen in allen Laufbahnen zu besetzen. Der Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt ist groß. Umso wichtiger ist eine effektive und zukunftsgerichtete Nachwuchsgewinnung. Die Justiz steht vor der Herausforderung, eine attraktive Arbeitgeberin zu sein und zu bleiben. Wer sich für eine Justizkarriere im öffentlichen Dienst entscheidet, wählt regelmäßig eine (lebens-)lange Bindung an den Dienstherrn. Diese Entscheidung soll niemand irgendwann bereuen.

Sind diese Themen wichtig?

😊 JA, VOLL UND GANZ

😐 JA, ICH STIMME
EHER ZU

😞 NEIN, NICHT
WIRKLICH

😡 NEIN, GANZ UND
GAR NICHT



Die wichtigsten Erkenntnisse

- Eine konstruktive Beteiligung: **82% der Kommentare beinhalteten einen konstruktiven Vorschlag zur Weiterentwicklung des Handlungsfeldes.** Die Vorschläge befassten sich mit den Arbeitsbedingungen, der Personalentwicklung und -gewinnung sowie der Aus- und Weiterbildung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
- Die Kommentare thematisieren, ähnlich wie im Handlungsfeld Wertschätzung, regelmäßig **eine gefühlte Ungerechtigkeit mit Blick auf Karrierewege im Justizwesen.** Genannt werden etwa Diskrepanzen zwischen Postenbewertung und Bezahlung oder als unfair wahrgenommene Unterschiede bei Beförderungen oder Bezahlung bei gleicher Arbeit.
- Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bewerteten dieses Handlungsfeld im Vergleich als das mit der höchsten Wichtigkeit und der zweithöchsten Zustimmungsrate für die Ideen aus der ersten Phase.

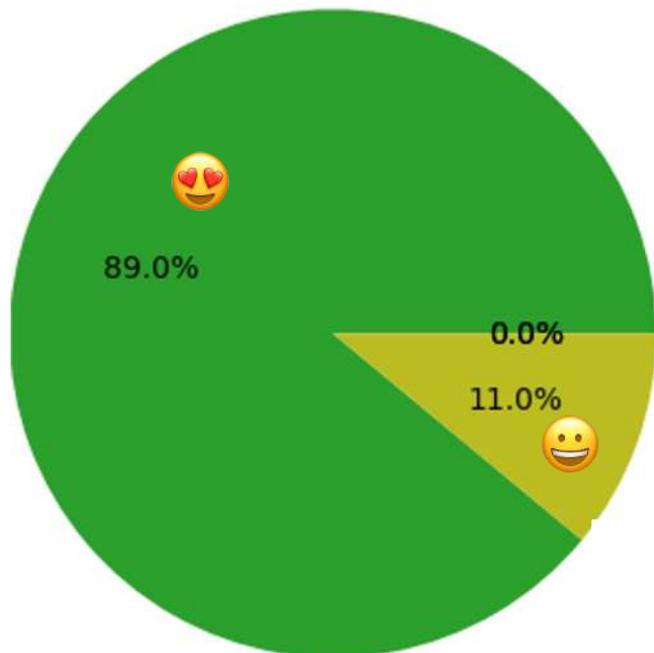
Ideen zur Weiterentwicklung des Handlungsfeldes, die sich aus den Kommentaren ableiten lassen:

1. Einheitliche Arbeitsbedingungen innerhalb der Justiz schaffen
2. Faire, motivierende und individuelle Personalentwicklungskonzepte entwickeln
3. Einheitliche und hochwertige Ausbildung, Einarbeitung und Weiterbildung ermöglichen
4. Die Personalgewinnung mit zentralen und lokalen Elementen professionalisieren

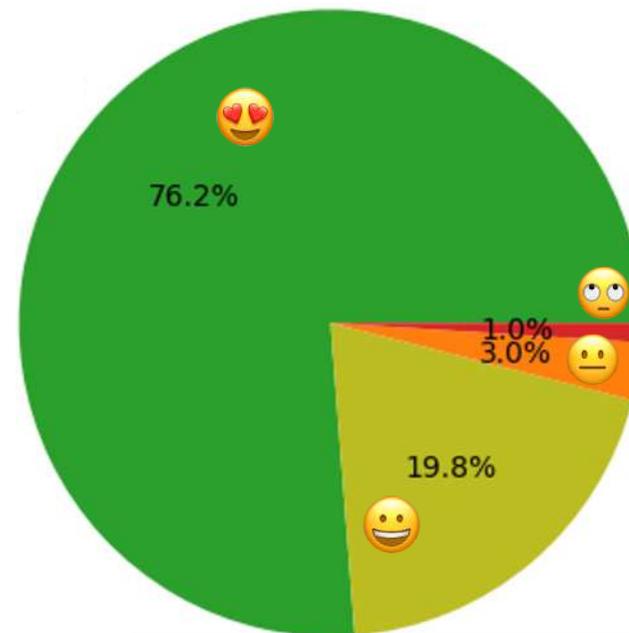


Bewertung und Art der Kommentare

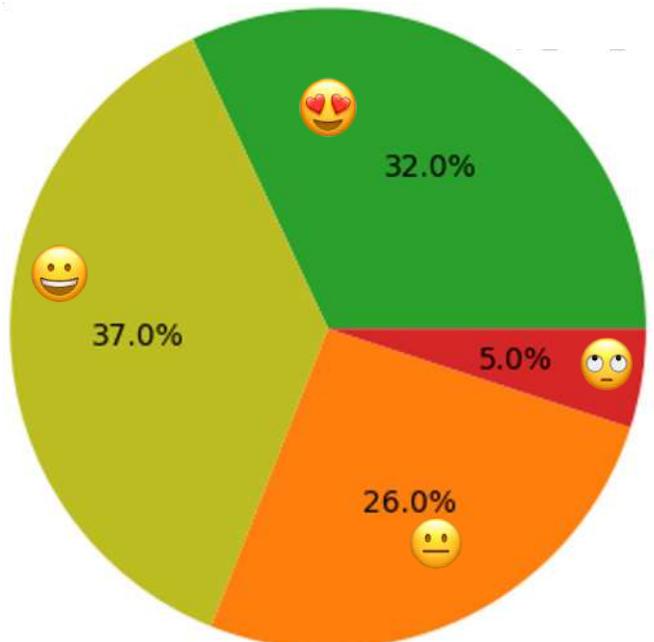
Wichtigkeit



Zustimmungsrate



Diskussionsbedarf



- ❤️ *Ja, voll und ganz*
- 😊 *Ja, ich stimme eher zu*
- 😐 *Nein, nicht wirklich*
- 😞 *Nein, ganz und gar nicht*





Einheitliche Arbeitsbedingungen innerhalb der Justiz schaffen

33

Kommentare

- Gewährleistung **gleicher Standards in Bezug auf Personalbesetzung und -anforderungen** zwischen verschiedenen Gerichten.
- Arbeitsbedingungen **zwischen Beamten und Angestellten** sollten entsprechend der tatsächlich geleisteten Arbeit und den Anforderungen an die jeweils betroffene Tätigkeit angepasst werden.
- Anpassung des Anstiegs in den **Erfahrungsstufen** zwischen Richtern (alle 2 Jahre) und Rechtspflegern (alle 3-4 Jahre).
- Die Besoldung sollte früher an die **Bewertung des Dienstpostens** gekoppelt werden und nicht erst kurz vor der Rente diese Stufe erreichen.
- **Arbeitszeitmodelle**. innerhalb des öffentlichen Dienstes auch in der Justiz einheitlich anbieten.

“Als Elementar sehe ich ebenfalls die Angleichung von Angestellten und Beamten in Bezug auf Arbeitsbedingungen und Stellung an. Gleiche Arbeit sollte gleiche Bedingungen beinhalten. Dies führt nur zu Frust und Unfrieden.”

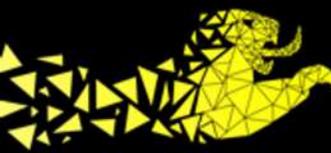
Eveline

“Beworben wird das Rechtspflegerstudium damit, dass man bis A13 (+Z) verdienen kann, die Realität sieht jedoch anders aus: Man hat zwar eine A12er oder A13er Stelle inne, wartet jedoch Jahre oder gar Jahrzehnte bis man tatsächlich dafür bezahlt wird”

B.

“Während Richter/innen im 2-Jahres-Rhythmus in den Erfahrungsstufen steigen, steigt man als Rechtspflegerin/in nur alle 3 bzw. 4 Jahre in der Erfahrungsstufe. Wieso wird man hier benachteiligt? [...]”

L.



Faire, motivierende und individuelle Personalentwicklungskonzepte entwickeln

18

Kommentare

- **Transparenz und Fairness des Beurteilungssystems** sollte verbessert werden, um eine gerechte Bewertung und Entwicklung aller Mitarbeiter sicherzustellen.
- **Leistungszulagen** sollten als Anreiz für gute Arbeit und Zeichen der Wertschätzung ganz allgemein bei Übernahme von Sonderaufgaben geschaffen werden, um Motivation und Engagement zu steigern.
- **Beförderungen unabhängig von Dienstjahren** sollten ermöglicht werden, um besonders engagierte und qualifizierte Mitarbeiter voranzubringen.
- Bei der Einstellung neben Noten **auch die praktische Erfahrung und emotionale Eignung** berücksichtigen, um geeignete und kompetente Mitarbeiter für den Justizdienst auszuwählen.

“Um die intrinsische Motivation der Kolleg/innen auf Dauer auf einem hohen Niveau zu halten und ihnen die erwünschte Wertschätzung entgegenzubringen, sollte es m.E. mehr Incentives geben, die - nicht nur, aber auch - finanzieller Natur sein sollten. [...]”

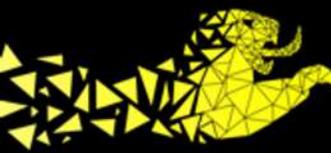
Benjamin

“Man muss vor allem männlich sein und Vollzeit arbeiten, dann kommt man ganz schnell durch in den Beförderungsstufen. Die Justiz beschäftigt aber vom Servicebereich bis zu den Rechtspfleger*innen deutlich mehr Frauen. Es wäre schön, wenn es bei der Beförderung eine Quote gäbe.”

M

“Man sollte endlich das Beurteilungssystem überdenken und nach Leistung und Engagement bezahlen. Die Karriereleiter sollte nicht automatisch nach Dienstjahren bedient werden!”

Verena



Einheitliche und hochwertige Ausbildung, Einarbeitung und Weiterbildung ermöglichen

15

- Bereitstellung finanzieller Mittel für eine **einheitliche und qualitativ-hochwertige Ausbildung**, Einarbeitung und Weiterbildung.
- Das **Angebot an Fortbildungen und Schulungen** erhöhen.
- **Personalführungskompetenzen** in der Justiz fördern.
- Einführung einer **Zusatzausbildung** für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit schlechteren Noten, um alternative Karrierewege in der Justiz zu eröffnen.

Kommentare

“OnBoarding Maßnahmen sollten auch was kosten dürfen und nicht nur zusammengeschustert irgendwie kostenlos halbgar präsentiert werden. Die Qualität der Ausbildung steigt nur, wenn auch die Ausbilder geschult und motiviert werden. Dafür sollten Anreize und Schulungsmaßnahmen gefunden werden.”

Bianka

Allgemein sollte man für einheitliche Standards sorgen. Vieles sorgt für Unmut und ist nicht förderlich für das Betriebsklima. Die Anwärter/-innen kritisieren heutzutage Folgendes: Keine einheitliche Arbeitszeit, keine einheitliche Regelung bzgl. Zeiterfassung (andere Gerichte müssen stempeln, andere nicht) [...]; Ausbildung nicht einheitlich [...].

L.

“[Bei Wechsel von einer Abteilung auf die andere] sollte dem Beispiel der bayerischen Justiz gefolgt werden und bei Abteilungswechsel/ Neueinarbeitung in ein neues Fachgebiet, die Mitarbeiter die Möglichkeit einer einwöchigen Schulung (Strafrecht z.B.) zur Verfügung zu stellen sowie auch die Unterbringung in diesem Zeitraum vor Ort kostenfrei zur Verfügung zu stellen.”

Carolin



Die Personalgewinnung mit zentralen und lokalen Elementen professionalisieren

12

Kommentare

- Im Personalwesen sollte ein **Mentalitätswandel** stattfinden und Neueinsteigern mehr Mitsprache bezüglich Dienstort und Rechtsgebiet eingeräumt werden.
- Schaffung eines **zentralen Teams für Personalgewinnung** und Werbung, insbesondere über Social Media.
- Stärkung und Ergänzung der Personalgewinnung durch **lokale Ansätze**, z.B. in Schulen oder regionalen Veranstaltungen.
- Betonung der Bedeutung der Justiz als **tragende Säule der Demokratie** in der Kommunikation zur Gewinnung von Nachwuchskräften.
- Attraktivere Gestaltung der **Bezeichnungen von Studienabschlüssen**, um das Interesse und die Attraktivität der Justizberufe zu erhöhen.

“Es muss ein Wandel in der Mentalität erfolgen: Die Justiz möchte etwas von Bewerbern und eingestelltem Personal - nicht umgekehrt. Auf Dauer kann man nicht Bewerber faktisch dadurch ablehnen, dass man ihnen Einsatzstellen fernab deren Wohnortes anbietet (Motto: "friss oder stirb")."

Phillip

“Jedes Amtsgericht sollte in seinem Bezirk eine eigene Nachwuchsgewinnung vornehmen, da die jeweiligen Amtsgerichte am Besten Zugriff zu Schulen, Ausbildungsveranstaltungen etc. vor Ort haben. Die Nachwuchsgewinnung nur vom OLG aus zu leiten, wird nicht funktionieren; mit Ausnahme Social Media etc. für das große Ganze.”

K

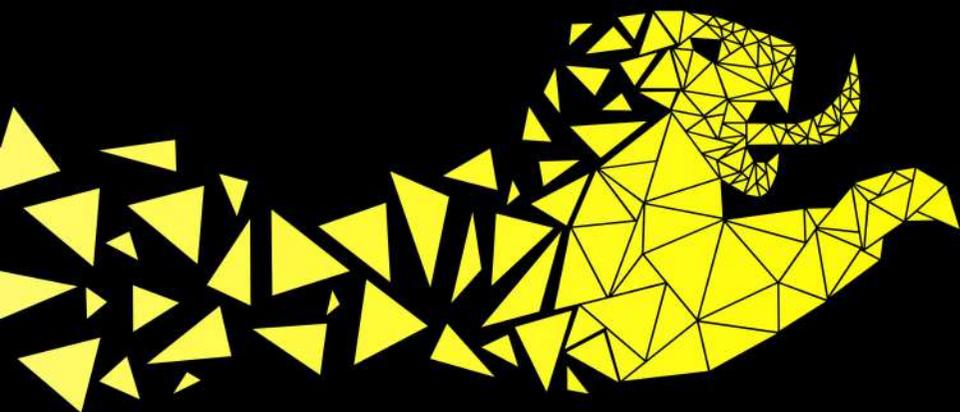
“Bundeswehr, Polizei, etc. machen es doch vor; warum wir nicht? Der diesjährige Blaulichttag in Stuttgart - es waren alle vertreten - von Seelsorge über Rettungshundestaffel bis Katastrophenschutz. Einzig der Justizvollzug war nicht vertreten. Schade, so eine Gelegenheit nicht zu nutzen.”

Miriam



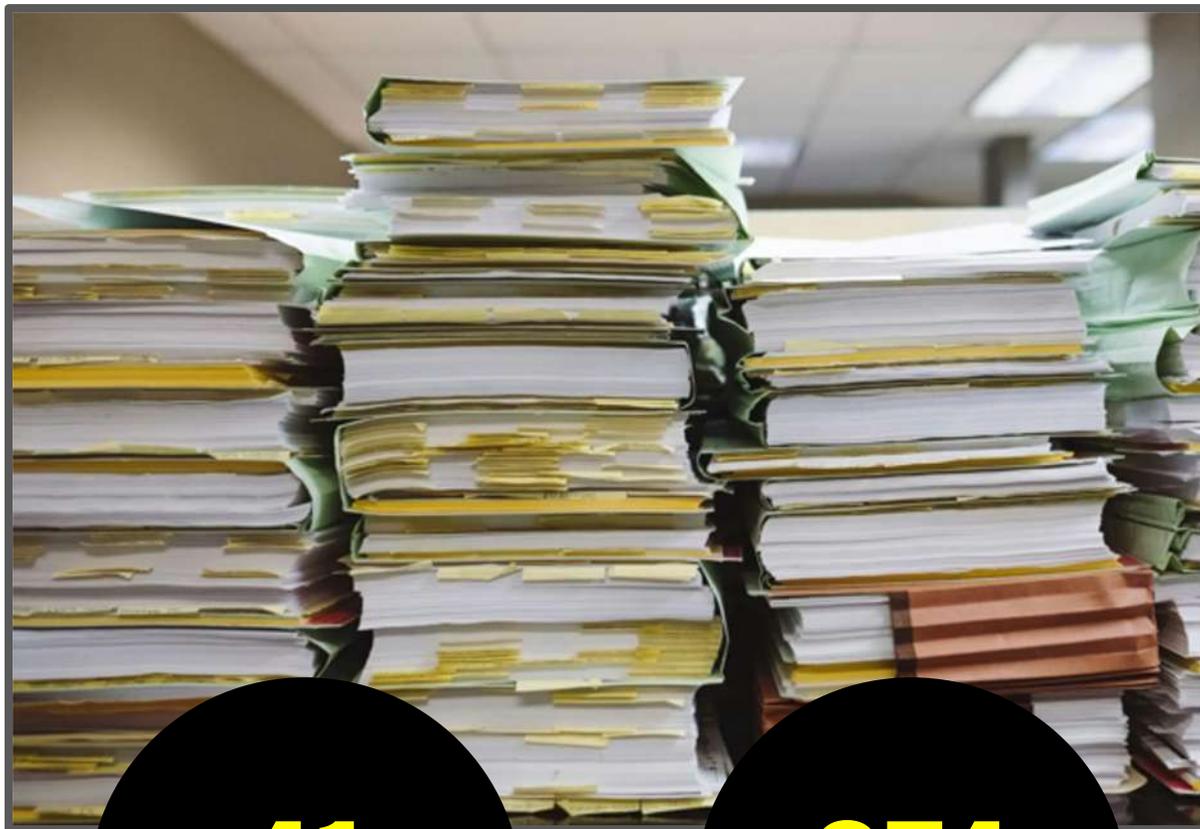
Handlungsfeld 5

**Bürokratieabbau, Entlastung und
Beschleunigung der Justiz fördern**





Handlungsfeld: Bürokratieabbau, Entlastung und Beschleunigung der Justiz fördern



41

Kommentare

874

Reaktionen

Wo liegt das Problem?

Die Arbeitsbelastung in der Justiz ist hoch. Gleichzeitig beklagen Bürgerinnen und Bürger die Komplexität, mangelnde Geschwindigkeit und zu viel Bürokratie in gerichtlichen Verfahren. Wo kann die Justiz der Zukunft ihre Abläufe vereinfachen, um für die Bürgerinnen und Bürger zugänglicher zu sein? Wo hilft der Einsatz moderner Technik, um Justizbedienstete spürbar zu entlasten? Wie lässt sich die Kommunikation mit Verfahrensbeteiligten vereinfachen und wo können Verfahren effizienter gestaltet werden?

Sind diese Themen wichtig?

😊 JA, VOLL UND GANZ

😐 JA, ICH STIMME
EHER ZU

😞 NEIN, NICHT
WIRKLICH

😡 NEIN, GANZ UND
GAR NICHT



Die wichtigsten Erkenntnisse

- Die Kommentare sind **stark konstruktiver Natur (91%)** und fokussieren sich auf die Vereinfachung und Beschleunigung von Verfahren, Verbesserungsmöglichkeiten für eine praxistaugliche Digitalisierung und Maßnahmen zur Entlastung von Justizbediensteten durch Anpassungen im Kostenrecht und mithilfe klarerer Zuständigkeitsregelungen.
- Hervorzuheben ist insbesondere die hohe Anzahl an spezifischen Kommentaren zur **Entlastung von Grundbuchämtern**. Hier zeigte sich eine hohe Anzahl an Reaktionen zu konkreten Vorschlägen.
- Das Handlungsfeld ist für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Vergleich aller Handlungsfelder das Zweitwichtigste. Außerdem weist das Handlungsfeld eine hohe Zustimmungsrates zu den Ideen aus der ersten Phase der Beteiligung auf.

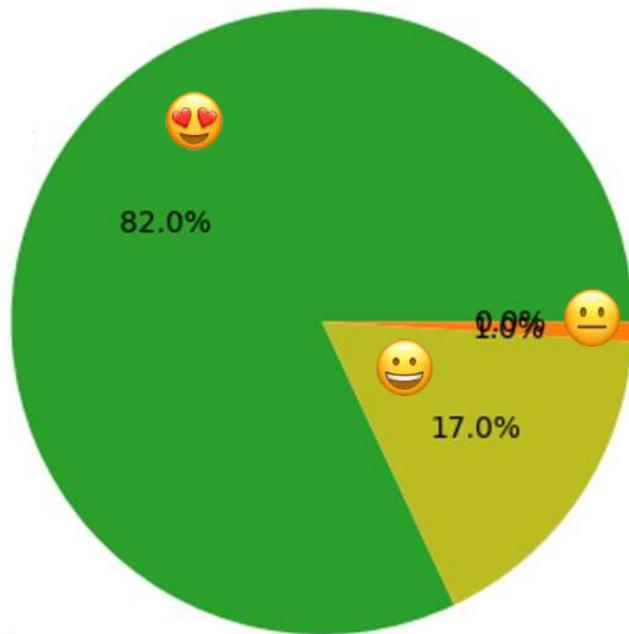
Ideen zur Weiterentwicklung des Handlungsfeldes, die sich aus den Kommentaren ableiten lassen:

1. Grundbuchämter durch Verfahrensvereinfachung und Zuständigkeitsklärung entlasten
2. Pragmatische, effiziente und sichere Digitalisierung als Hilfestellung gewährleisten
3. Arbeitsprozesse innerhalb der Justiz durch Entbürokratisierung vereinfachen
4. Verfahren durch höhere Hürden für Berufungen, Befangenheits- und Verlegungsanträge beschleunigen

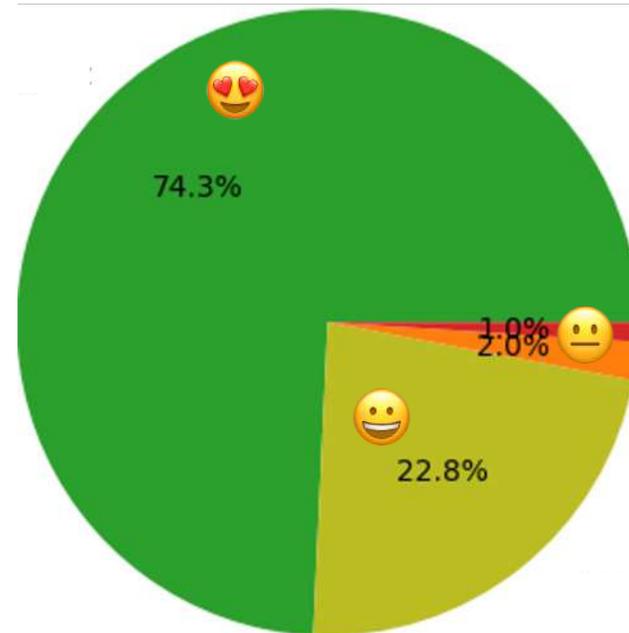


Bewertung und Art der Kommentare

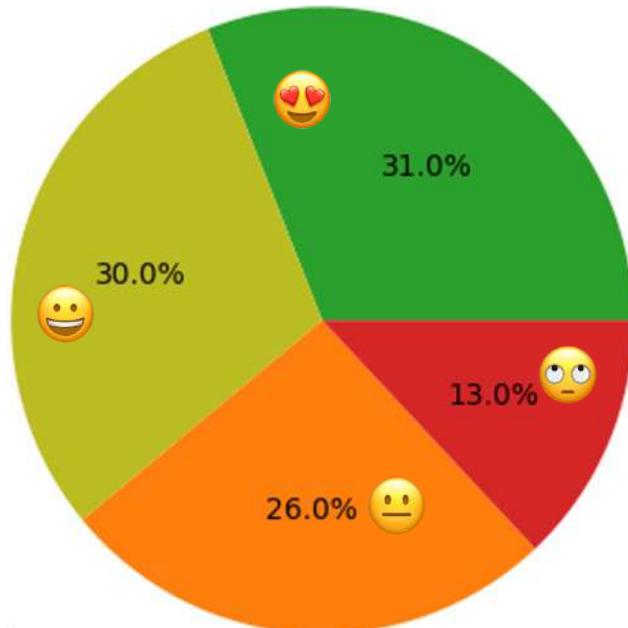
Wichtigkeit



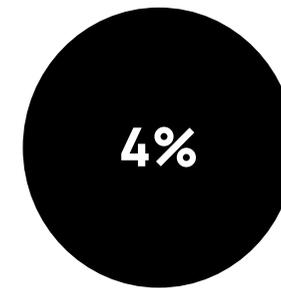
Zustimmungsrate



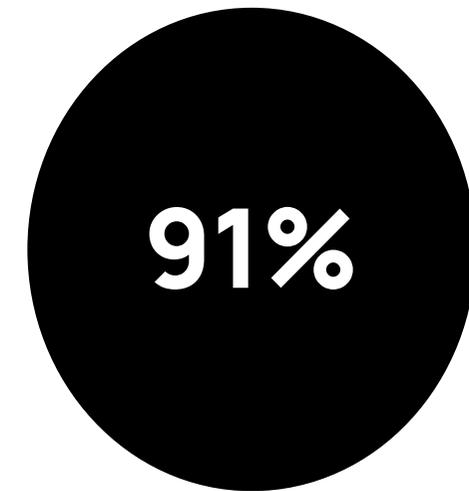
Diskussionsbedarf



- 👉 *Ja, voll und ganz*
- 😊 *Ja, ich stimme eher zu*
- 😐 *Nein, nicht wirklich*
- 😞 *Nein, ganz und gar nicht*



Kritik



Konstruktiver
Vorschlag



Zustimmung



Erfahrungsbericht



Grundbuchämter durch Verfahrensvereinfachung und Zuständigkeitsklärung entlasten

16

Kommentare

- Vereinfachung der Verfahren zur **Löschung von Servitutenrechten**, bspw. Löschung nach zeitlich befristeter Möglichkeit zur Nachtragung von altrechtlichen Dienstbarkeiten.
- Durch **Anwendbarkeit des § 6 GBBerG** die Zuständigkeit bei Grundpfandrechtsgläubigern unbekanntem Aufenthalts klären.
- **Abschaffung von Grundpfandrechtsbriefen** zur Reduzierung von Bürokratie und Vereinfachung der Abläufe in Grundbuchämtern.

“Nach Fristablauf und nicht erfolgter Nachtragung, kann nach gutgläubigem Erwerb (also im Zuge der Eintragung eines neuen Eigentümers oder nachfolgenden Rechts), das Altrecht im Grundbuch gelöscht werden.”

Andrea

“Ich empfinde es [...] als faire Regelung, dass Rechte, die genutzt werden, richtig eingetragen werden und Rechte, die niemand braucht unkompliziert gelöscht werden können. Das ist für mich Bürokratieabbau par excellence!”

Sonja

“Bürokratieabbau kann [...] durch eine Anwendbarkeit des § 6 GBBerG [...] erreicht werden, so dass vor allem Grundpfandrechtsgläubiger unbekanntem Aufenthalts [...] ausgeschlossen werden können, ohne dass die verzweifelten Beteiligten wegen unklarer Zuständigkeitsregelung von einer Abteilung zur nächsten "durchgereicht" werden müssen.”

Kerstin



Pragmatische, effiziente und sichere Digitalisierung als Hilfestellung gewährleisten



Kommentare

- Aktenverarbeitung und Aktensicherung (e-Akte) **in einem einzigen Arbeitsgang** ermöglichen.
- Einführung **einheitlicher Schnittstellen- und Datenstandards** für digitale Lösungen.
- Bereitstellung eines **KI-Sprachmodells für die sichere Verarbeitung sensibler Daten**.
- Vereinfachung der **Transkription von Servitutenbüchern** durch den Einsatz von KI.

“Ich begrüße alle digitalen Formen, aber sie müssen schnell und flächendeckend kommen, funktionieren und tatsächlich eine Entlastung bringen. Wenn die E-Akte die Arbeit nur umständlicher macht oder es parallel noch die Papierakte gibt, hilft uns das nicht!”

Is

“Wir müssen einen effizienteren Einsatz der EDV erreichen. Es muss alles in einem Arbeitsgang erledigt werden. Die E-Akte muss auch die Aktenverarbeitung beinhalten. Es macht keinen Sinn in ForumStar zu arbeiten und dann das Ergebnis hin und her zu schieben.”

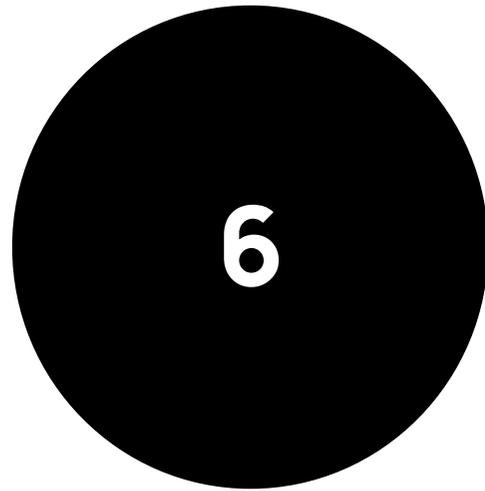
Rainer

“Für die Justiz sollte zeitnah ein KI-Sprachmodell zur Verfügung gestellt werden, vergleichbar mit ChatGPT, welches auch die Verarbeitung sensibler Daten erlaubt. Derartige Tools lassen sich schon heute problemlos für Assistenzaufgaben nutzen (z. B. Korrektur von Texten, Formulierungsvorschläge etc.).”

Stefan



Arbeitsprozesse innerhalb der Justiz durch Entbürokratisierung vereinfachen



Kommentare

- Erlaubnis zur **Kommunikation per einfacher E-Mail** bei "harmlosen" Verfahrensgegenständen.
- Entlastung von Rechtspflegern und Servicekräften durch **Anpassungen im Kostenrecht**, bspw. Einführung von Pauschgebühren statt Kleinbeträgen, die nicht wirtschaftlich beizutreiben sind.
- Einführung eines **flächendeckenden, hauptamtlichen richterlichen Bereitschaftsdienstes**.
- **Reduzierung von Auflagen und Meldepflichten** in Verwaltungs- und Rechtssachen zur Vereinfachung der Abläufe.
- Nachlassgerichten ähnlich der Polizei die **bundesweite Personensuche unproblematisch** ermöglichen.

“Kommunikation - auch ausdrücklich per einfacher Mail - muss zulässig sein und genutzt werden dürfen, solange es sich um "harmlose" Verfahrensgegenstände handelt”

Karl-Otto

“Mit einer flächendeckenden Einführung des hauptamtlichen Bereitschaftsdienstes lassen sich zugleich die Qualität verbessern und der Stress für die Richter*innen reduzieren, weil mehr Routine zu höherer Effizienz führt.”

Jörg Müller

“[Es ist in Nachlassgerichten] insbesondere keine bundesweite Personensuche möglich, sondern es wird zumindest eine Anfangsanschrift benötigt. In Testamenten fehlt diese Angabe sehr häufig. Die Polizei hat bundesweiten Zugriff auf diese Daten, das sollte auch für das Nachlassgericht gelten.”

Nicole



Verfahren durch höhere Hürden für Berufungen, Befangenheits- und Verlegungsanträge beschleunigen

4

Kommentare

- Anhebung der Voraussetzungen für Rechtsmittel (z. B. **Begründungspflicht und Zulässigkeitsvoraussetzungen** für Berufungen).
- **Anhebung der Streitwert- und Berufungsgrenze** zur Entlastung des Justizwesens.
- Entscheidung über die **Bearbeitungsmethode im Anwaltsprozess** (mündliche Verhandlung, Videoverhandlung, schriftliches Verfahren) allein dem Gericht überlassen.

“Viel besser wäre es aus meiner Sicht, eine Begründungspflicht oder Zulässigkeitsvoraussetzungen für die Berufung zu schaffen. Viel zu oft wird Berufung aus sachfremden Erwägungen oder in erkennbar aussichtslosen Fällen eingelegt.”

Is

“Die Wahl der Bearbeitungsmethode, d.h. mündliche Verhandlung, Videoverhandlung oder schriftliches Verfahren sollte im Anwaltsprozess allein dem Gericht überlassen werden. [...] Erfolgreiche Befangenheitsanträge und erfolgreiche Verlegungsanträge sollten mit einer Pauschalgebühr, z. B. 500 € bzw. 50 € ausgestattet werden”

Matthias

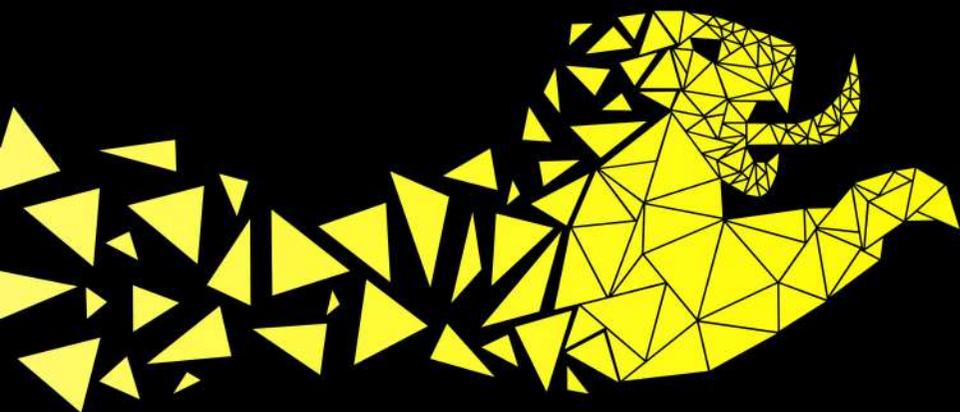
“Es würde meiner Meinung zu einer nicht unerheblichen Beschleunigung von Kleinverfahren führen, wenn die Streitwertgrenze für § 495a ZPO Verfahren auf 1.000 € oder 1.500 € angehoben würde. Entsprechend könnte die Berufungsgrenze des § 511 Abs. 2 Nr. 2 ZPO angehoben werden.”

S



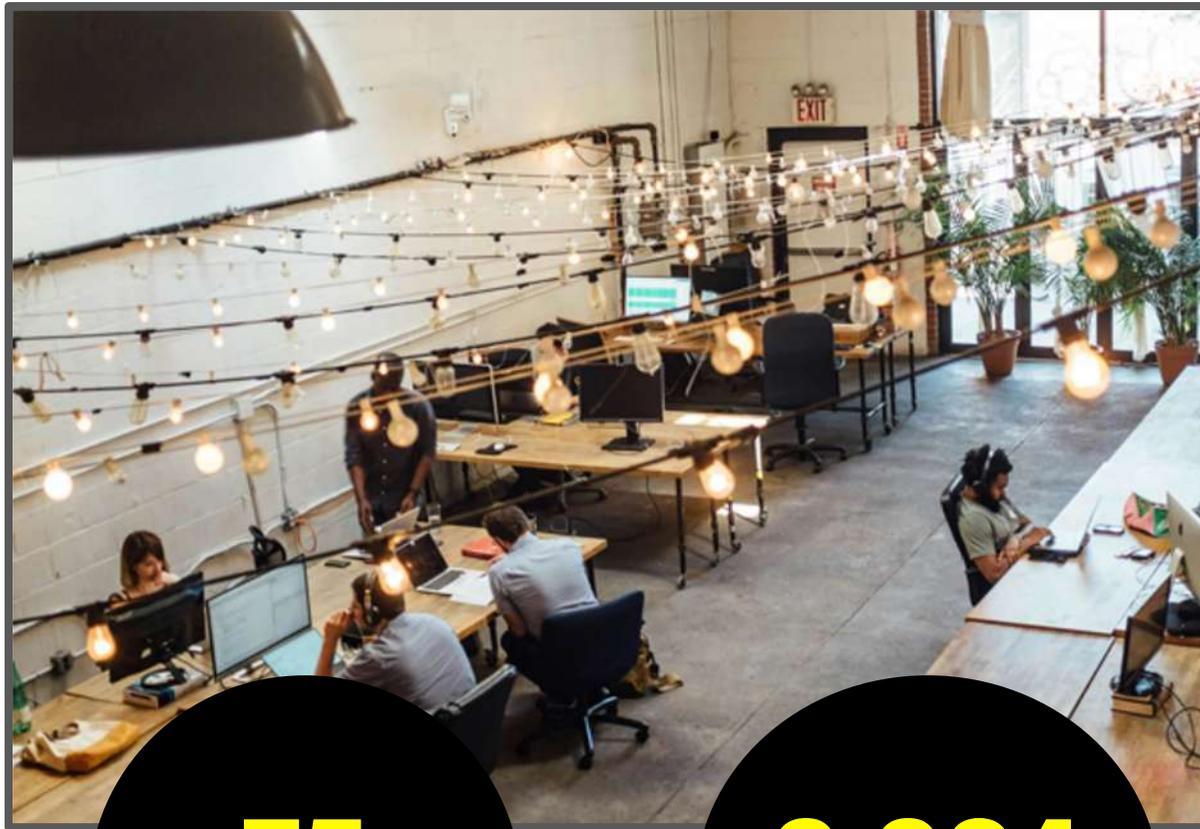
Handlungsfeld 6

**Moderne Arbeitsmodelle für die Zukunft
der Justiz etablieren**





Handlungsfeld: Moderne Arbeitsmodelle für die Zukunft der Justiz etablieren



75

Kommentare

2.284

Reaktionen

Wo liegt das Problem?

Die Arbeitswelt ändert sich schnell und ständig. Dadurch ändern sich auch die Anforderungen an Berufe und die Erwartungen von Beschäftigten und Bewerberinnen und Bewerbern an die Justiz als Arbeitgeberin. Gesellschaftliche und politische Vorgaben verlangen Einsparungen bei Energie und Raum. Alles wird digitaler. Das bringt Flexibilität, fordert Gerichte und Behörden aber auch heraus. Wie können wir das Gleichgewicht zwischen „Remote Work“ und einer zuverlässigen, kollegialen Justiz vor Ort halten? Wie nutzen wir die Vorteile der Digitalisierung sinnvoll, ohne uns im „Home Office“ zu verlieren?

Sind diese Themen wichtig?

😊 JA, VOLL UND GANZ

😐 JA, ICH STIMME
EHER ZU

😞 NEIN, NICHT
WIRKLICH

😡 NEIN, GANZ UND
GAR NICHT



Die wichtigsten Erkenntnisse

- Mit **83% an konstruktiven Vorschlägen** war die Beteiligung auch zu dieser Empfehlung sehr konstruktiv. Die Ideen thematisieren die **Vereinbarkeit zwischen verschiedenen Bedürfnissen** bei der Ausgestaltung von der Arbeitsmodellen, heben die technische Ausstattung und das Arbeitsumfeld im Büro hervor, sowie machen Vorschläge zu Standortfragen.
- Bei Kommentaren zu dieser Empfehlung ist hervorzuheben, dass Beteiligte ähnlich wie bei kontroversen Strukturfragen, die **Vielschichtigkeit vieler Themen** (bspw. Homeoffice) begreifen. Insgesamt rufen die Kommentare nach **mehr Vertrauen in Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**.
- Im Vergleich mit anderen Handlungsfeldern war dieses Feld für Teilnehmerinnen und Teilnehmer eins der wichtigsten und mit dem größten **Bedarf intensiver zu diskutieren**.

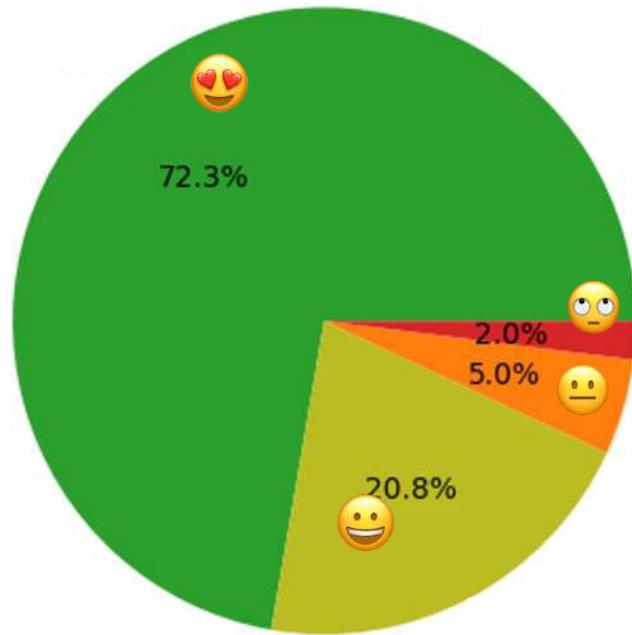
Ideen zur Weiterentwicklung des Handlungsfeldes, die sich aus den Kommentaren ableiten lassen:

1. Moderne Arbeitsmodalitäten schaffen, die Flexibilität und Kontinuität vereinen
2. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Homeoffice-kompatibel ausstatten
3. Homeoffice-Regelungen vereinheitlichen, Inanspruchnahme flexibilisieren
4. Die Ausstattung von Büros verbessern (v.a. Klimaanlage und Beschattung, aber auch Einrichtung, höhenverstellbarer Schreibtisch)
5. Innovative Standortkonzepte erarbeiten, die Effizienz und Bürgernähe vereinen

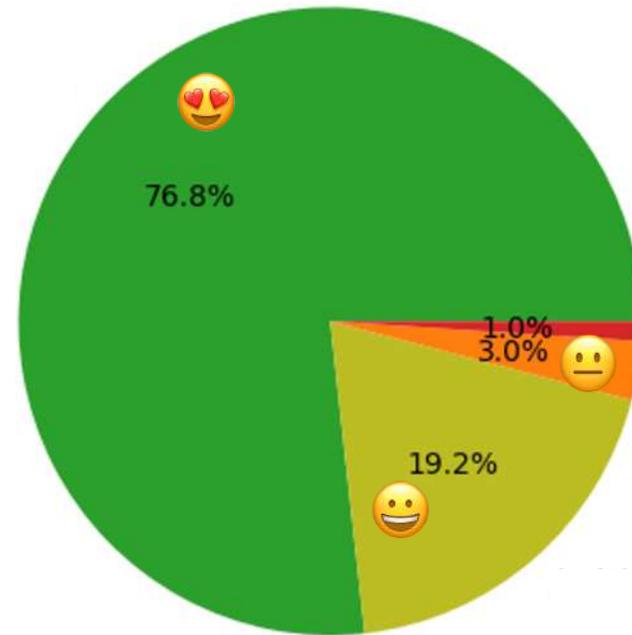


Bewertung und Art der Kommentare

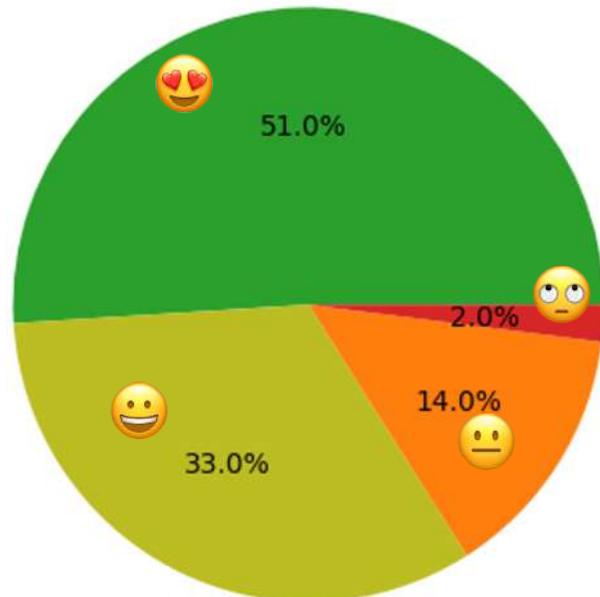
Wichtigkeit



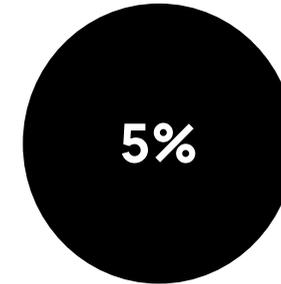
Zustimmungsrate



Diskussionsbedarf



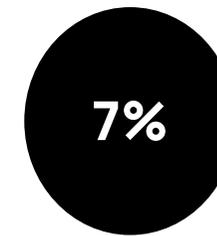
- 👉 *Ja, voll und ganz*
- 😊 *Ja, ich stimme eher zu*
- 😐 *Nein, nicht wirklich*
- 😡 *Nein, ganz und gar nicht*



Kritik



Konstruktiver
Vorschlag



Zustimmung



Erfahrungsbericht



Moderne Arbeitsmodalitäten schaffen, die Flexibilität und Kontinuität vereinen

36

Kommentare

- **Wahlmöglichkeiten für Mitarbeiter** schaffen, bspw. eigenes Büro (ohne Homeoffice) oder flexibles Homeoffice und geteilter Arbeitsplatz.
- Durch **Kombination aus geteilten und Einzelarbeitsplätzen in Büros** verschiedene Bedürfnisse für konzentrierte Arbeit und Austausch berücksichtigen.
- Festlegung von festen **Kernarbeitszeiten**, während derer alle Mitarbeiter erreichbar sein müssen, sowie **Präsenztagen**, um Teamarbeit und persönlichen Austausch zu fördern.
- Einrichtung von **“Shared Spaces”** in nahegelegenen Justizstandorten zur Förderung der Zusammenarbeit und Reduzierung von Pendelzeiten, sowie Möglichkeit für Mitarbeiter, in unterschiedlichen Büros innerhalb der Justiz zu arbeiten.
- Bei der **Dienst- und Schichtplanung im Justizvollzug** die Wünsche von Bediensteten stärker berücksichtigen (z.B. 5+5 Modell).

“Wir sollten das nicht nach dem Alles-oder-nichts-Prinzip diskutieren, sondern um flexible Lösungen ringen. [...] Vielleicht ist es hilfreich, bestimmte Modelle nach Abstimmung vor Ort einfach einmal - zeitlich befristet - auszuprobieren, damit in der Diskussion nicht die Ängste und Sorge um Besitzstände vorherrschen, sondern der Mut, Neues auszuprobieren.”

Dietrich

“Es sollte nicht nur die Rückkehr der Beschäftigten an die Präsenzarbeitsplätze in den Blick genommen werden, sondern auch die Erarbeitung von Konzepten, in denen trotz größerer Remote-Anteile eine gute Zusammenarbeit und Integration aller Beschäftigten gelingt.”

Christine

“Mit Blick auf flexible Arbeitsplätze sollte nicht am zwingenden, individuell zugewiesenen Einzelbüro festgehalten werden. Auch hier sollte aber darauf geachtet werden, dass einzelne Einheiten ausreichend nah beieinander sind und nicht z.B. eine Abteilung der Staatsanwaltschaft je nach Buchungslage komplett über das Gebäude verteilt sitzt.”

Matthias



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Homeoffice-kompatibel ausstatten

10

- Bereitstellung von **Homeoffice-Ausstattung** wie Laptop, Mobiltelefon oder SIM-Karte, um die Erreichbarkeit und Flexibilität der Justizmitarbeiter unabhängig von Schreibtisch und Festnetztelefon zu gewährleisten.
- **Abschaffung der Festnetzpflicht** zugunsten modernerer Kommunikationsmittel, die den Anforderungen des mobilen Arbeitens entsprechen.

Kommentare

“Warum sollte es "nur" Homeoffice oder "nur" Arbeit im Gericht geben? Flexible Lösungen dürften von Vorteil sein. In der freien Wirtschaft dürfte ein "Diensthandy" bzw. eine "Dienst-SIM-Karte" (als Zweitkarte) fast schon selbstverständlich sein.”

Ulrich

“Laptops für alle sind eigentlich unumgänglich in einer digitalen Arbeitswelt. Auch die Steuerung der Rufumleitung über den PC müsste selbstverständlich sein, ist in vielen Fällen technisch aber noch nicht möglich.”

B.I.

“Festnetzpflicht ist heutzutage nicht mehr zumutbar. Umstellen auf Handy erlauben.”

Melanie



Homeoffice-Regelungen vereinheitlichen, Inanspruchnahme flexibilisieren

10

Kommentare

- Homeoffice-Regelungen sollten **einheitlich** sein, anstatt von Behörde zu Behörde zu variieren, um gleiche Bedingungen für alle zu gewährleisten.
- Ermöglichung von **mehr Flexibilität bei der Gestaltung von Homeoffice-Tagen**, bspw. Möglichkeit, Tage zu tauschen oder die Anzahl der Homeoffice-Tage je nach Bedarf zu erhöhen.
- **Gruppenleiter** sollten im Rahmen der geltenden Regeln teilweise die Entscheidung über Homeoffice-Anträge ihrer Mitarbeiter treffen dürfen.
- Einführung der Option für **zeitlich begrenztes Homeoffice aus dem EU-Ausland in geeigneten Fällen**.

“Die Dienstvereinbarungen bezüglich Homeoffice sollten nicht von Behörde zu Behörde unterschiedlich sein. Es sollten überall dieselben Bedingungen gelten und man sollte generell dem Homeoffice, gerade hinsichtlich der E-Akte, offener sein und die Bedingungen offener festlegen”

Laura

“Home Office sollte vor allem flexibler gestaltet werden, sodass auch Tage getauscht werden dürfen, wenn notwendig.”

Natalie

“Workation wäre eine tolle Möglichkeit Attraktivität und Modernität einer Behörde zu zeigen. Eine ganz neue Facette und mit Sicherheit auch die Chance sich von anderen Unternehmen abzuheben”

K.



Die Ausstattung von Büros verbessern (v.a. Klimaanlage und Beschattung, aber auch Einrichtung, höhenverstellbarer Schreibtisch)

3

- Verbesserung des Arbeitsumfelds durch die **Installation von Klimaanlage und Beschattungssystemen.**
- Lückenlose Modernisierung der Büroeinrichtung für alle Bediensteten, einschließlich ergonomischer Möbel wie **höhenverstellbarer Schreibtische.**

Kommentare

“Der erste Schritt ist, die Bürogebäude arbeitstauglich zu machen, sodass man sich bei der Arbeit in Präsenz auch wohlfühlen kann. Nicht vorhandene Jalousien, Wasserschaden in der Decke, keine ordentlichen Ventilatoren, die aktuellen Arbeitsbedingungen lassen zu wünschen übrig.”

D.

“Es sollte meiner Meinung nach auch erstmal im Büro gute Gegebenheiten geschaffen werden.

Teilweise hat man eine 30 Jahre alte Einrichtung, Schimmel im Büro, keine funktionierende Lüftung und keine Fenster. Im Sommer 34 Grad ohne Luftaustausch und im Winter 17 Grad.”

Kelpo

“Zudem sollte auch über eine Klimaanlage, oder etwas wirkungsvolleres als ein Ventilator, zur Verfügung gestellt werden. In einigen Büros wird es nach der Mittagspause so heiß, dass es teilweise kaum möglich ist zu arbeiten (durch die Hitze ist kaum mehr Sauerstoff für das Gehirn vorhanden)”

Jonas



Innovative Standortkonzepte erarbeiten, die Effizienz und Bürgernähe vereinen

2

Kommentare

“Die Justiz hat mit ihrer flächendeckenden Präsenz an einer Vielzahl von Standorten ein großes Potential, "shared work spaces" einzurichten, wo Kolleginnen und Kollegen einen Arbeitsplatz finden können, wenn sie - etwa durch eine Abordnung - einer vom Wohnort weit entfernten Dienststelle zugewiesen sind [...]. Das könnte ein echtes Argument sein, Nachwuchskräfte zu finden, weil ein wohnortnahes und familienfreundliches Arbeiten weiter gefördert würde. Zudem könnte die in der Justiz ja ohnehin schon bestehende und insgesamt gewinnbringende Möglichkeit durch zeitlich begrenzte Abordnungen Erfahrungen zu sammeln und Talente zu fördern weiter gestärkt werden.”

Alexander

- Nutzung der Vielzahl an Justizstandorten für die **Einrichtung von "shared work spaces"**, um flexibles und kooperatives Arbeiten zu fördern.
- **Schaffung wohnortnaher Arbeitsmöglichkeiten**, um den Zugang zu potenziellen Nachwuchskräften und Quereinsteigern zu erweitern.
- Ermöglichung der **sporadischen Arbeit von Justizbediensteten in größeren oder anderen Gerichten**, um den Erfahrungsaustausch und die fachliche Vernetzung auch unabhängig von der Stammdienststelle zu stärken.

“Nach einer angemessenen Einarbeitungszeit fände ich es sehr, sehr sinnvoll, wenn man seine Präsenztage bei einem Gericht in Wohnortnähe unbürokratisch ableisten könnte.

Hierdurch könnte man nach meiner Einschätzung viele Personen für IT-Tätigkeiten gewinnen, welche abseits von Karlsruhe und Stuttgart wohnhaft sind.

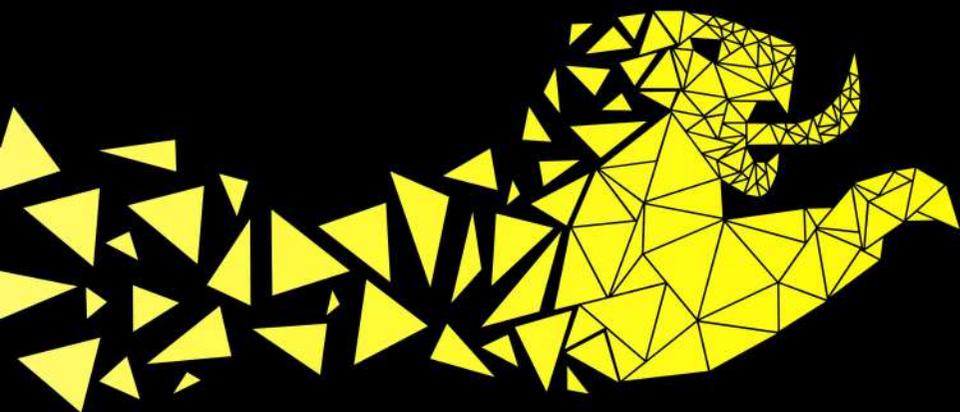
Auch hätte dieses System tolle Synergieeffekte. Gerade kleinere Standorte verfügen oft über viel ungenutzte Räumlichkeiten, die man so wieder mit Leben füllen könnte.”

Matthias



Handlungsfeld 7

**Wertschätzung für die Arbeit in der Justiz
der Zukunft stärken**





Handlungsfeld: Wertschätzung für die Arbeit in der Justiz der Zukunft stärken



131

Kommentare

2.956

Reaktionen

Wo liegt das Problem?

Die zurückliegenden Jahre haben auch der Justiz und ihren Menschen viel abverlangt. Globale Krisen führten zum Arbeiten im „Home Office“ und zum Absenken der Raumtemperatur in den Büros. Technischer Fortschritt unterstützte die Justiz während der Pandemie und trug zur dauerhaften Virtualisierung des Arbeitsalltags bei. Dezentrales Arbeiten, Videokonferenzen und -verhandlungen sowie Online-Besprechungen sind nun feste Bestandteile der Justizarbeit. Der persönliche Kontakt hat vielerorts gelitten. Gleichzeitig ist Wertschätzung für die Beschäftigten in der Justiz von großer Bedeutung.

Sind diese Themen wichtig?

😊 JA, VOLL UND GANZ

😐 JA, ICH STIMME EHER ZU

😞 NEIN, NICHT WIRKLICH

😡 NEIN, GANZ UND GAR NICHT



Die wichtigsten Erkenntnisse

- Fast drei Viertel (73%) der Teilnehmerinnen und Teilnehmer machten in ihren Kommentaren **konstruktive Vorschläge** und thematisieren die Wertschätzung für individuelle Leistung und langjährige Arbeit sowie verbesserte Karrierewege. Die 14% an kritischen Kommentare äußern Kritik bspw. an vorgebrachten, jahrelangen Sparmaßnahmen und äußern Frust über unzureichende Arbeitsbedingungen.
- Die Kommentare zeigen, dass die **Wertschätzung durch die Arbeitgeberin Justiz** eine vielschichtige Aufgabe ist und sich in verschiedenen Bereichen wiederfindet – nicht nur in der individuellen Bezahlung, sondern auch im **relativen, kollegialen Gefüge mit anderen** durch gegenseitige Anerkennung sowie team- und gesundheitsstärkende Maßnahmen.
- Das Handlungsfeld war das Feld mit der höchsten Zustimmungsrate und dem zweithöchsten Bedarf weiter intensiv zu diskutieren.

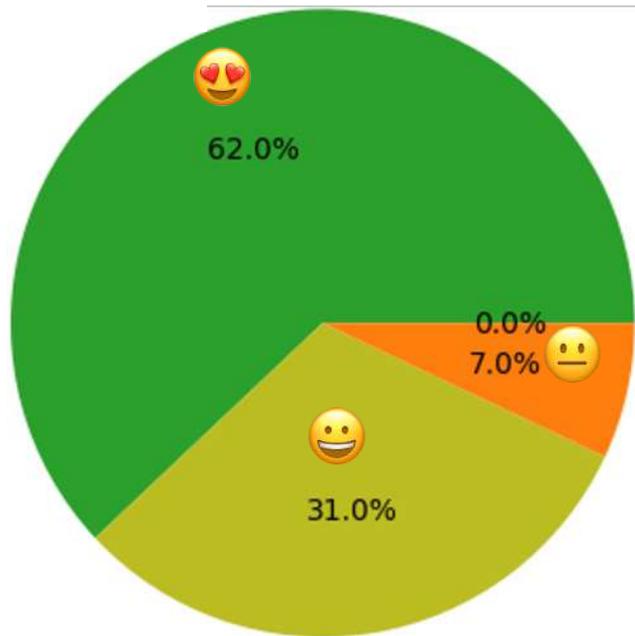
Ideen zur Weiterentwicklung des Handlungsfeldes, die sich aus den Kommentaren ableiten lassen:

1. Die individuelle Übernahme von Verantwortung "über die Dienstpflicht hinaus" mit Zulagen oder Höhergruppierungen honorieren und fördern
2. Gehaltsabstände sowohl zwischen den Diensten als auch zwischen neuen und älteren Kollegen wahren
3. Schnellere und zwischen Diensten angeglichenere Beförderungsstufen und -zeiträume einführen
4. Zusatzleistungen wie beispielsweise Sportzuschüssen flächendeckend bereitstellen
5. Faire Einstufungen und Bezahlung bei vergleichbaren Aufgaben
6. Mit Fortbildungen für Führungskräfte und teambildenden Maßnahmen das Miteinander stärken

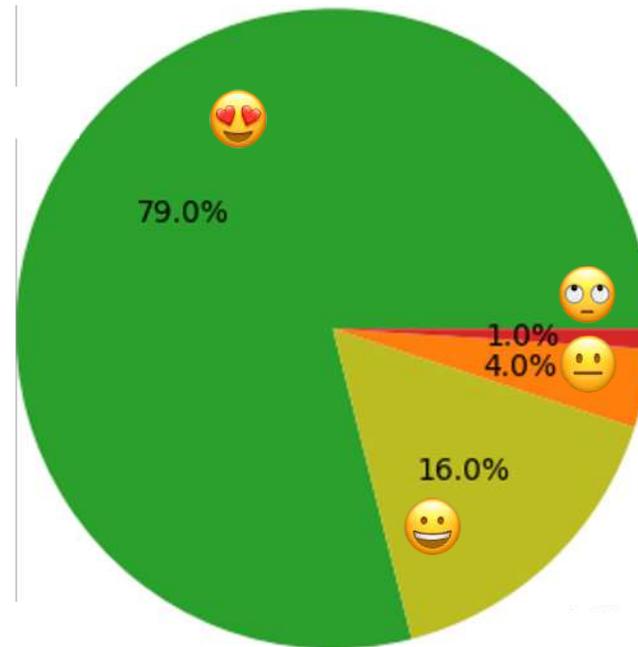


Bewertung und Art der Kommentare

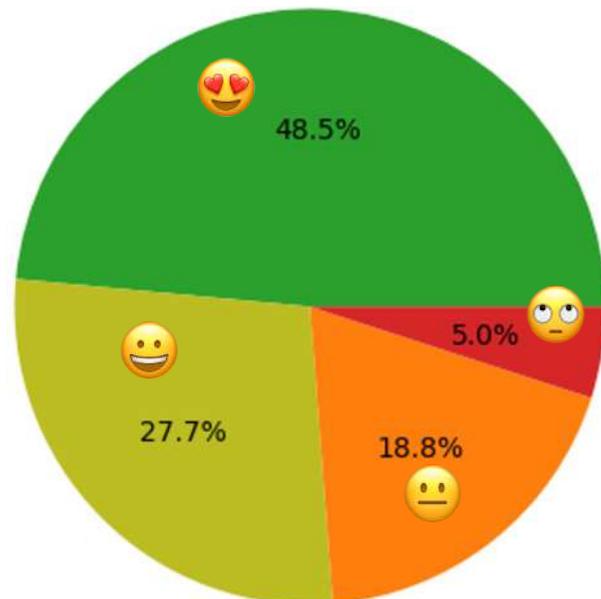
Wichtigkeit



Zustimmungsrate



Diskussionsbedarf



- 👁️👁️👁️ *Ja, voll und ganz*
- 😊 *Ja, ich stimme eher zu*
- 😐 *Nein, nicht wirklich*
- 😡 *Nein, ganz und gar nicht*





Die individuelle Übernahme von Verantwortung "über die Dienstpflicht hinaus" mit Zulagen oder Höhergruppierungen honorieren und fördern

36

Kommentare

- Der Einsatz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Justiz, die **Personalverantwortung** übernehmen, sollte ausnahmslos durch gezielte finanzielle Zulagen oder eine Höhergruppierung honoriert werden.
- **Zusatzqualifikationen** sollten durch Prämien oder Zulagen gefördert werden, um die berufliche Weiterentwicklung wertzuschätzen.
- **Besondere Leistungen** sollten nicht nur nach quantitativen, sondern auch nach **qualitativen Kriterien** beurteilt und entsprechend honoriert werden.
- Für die Übernahme von **Zusatzdiensten/-schichten zu Wochenend-, Feiertags- oder Nachtzeiten** sollten attraktive(re) Zuschläge gezahlt werden.
- Zuschläge sollten nicht nur bei Kindern, sondern auch für andere Lebenssituationen wie z. B. Pflege von Angehörigen oder besondere soziale Verpflichtungen gezahlt werden.

"[...] man bringt sich im Bereich Personal enorm weit über das normale Maß ein. Das sollte auf jeden Fall zusätzlich honoriert werden. Schließlich halten Führungskräfte den Laden und das Team zusammen und fangen auch viel "privates" auf."

Eva

"Eine leistungsorientierte Komponente bei der Bezahlung darf sich nicht nur an der Quantität messen. Die Komplexität der Aufgaben sowie die Qualität der Erledigung muss berücksichtigt werden."

Corinna

"Ich finde, dass unser Job besser honoriert werden muss, in Bezug auf Schichtzulagen, Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld. Das wäre die Wertschätzung, die die Kollegen im allgemeinen Vollzugsdienst benötigen."

Jessica



Gehaltsabstände sowohl zwischen den Diensten als auch zwischen neuen und älteren Kollegen wahren

33

Kommentare

- Nach der Einführung des 4-Säulen-Modells und der damit einhergehenden Höherstufung von Berufseinsteigern sollten auch **dienstältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** entsprechend höher gestuft werden. Dies würde Frustration mindern und langjährige Erfahrung wertschätzen.
- Ein größerer **Gehaltsabstand zwischen mittlerem und gehobenem Dienst** würde die Anerkennung der höheren Verantwortung und Qualifikation fördern.
- Das **Grundgehalt des höheren Dienstes** sollte erhöht und damit die **R-Besoldung entkoppelt werden**. Dies würde der höheren Verantwortung gerecht werden und die Attraktivität gegenüber der A-Besoldung erhöhen. Gleichzeitig ist die Bezahlung ein Top-Kriterium, um Nachwuchssorgen zu begegnen.

“[...] Zunächst muss die Besoldung im mittleren Dienst auf ein Niveau angehoben werden, das ausreichend Abstand zum Grundsicherungsniveau wahrt. [...] Im Anschluss daran müssen die weiteren Besoldungsstufen „von unten heraus“ kaskadenartig mit entsprechend Abstand angehoben werden [...]”

S.

“Es müssen E8 - E9a Stellen auch im Verwaltungsbereich der Justizvollzugsanstalten geschaffen werden, um weiter Personal zu finden und bereits vorhandenes gut qualifiziertes Personal (E6) zu halten.”

A.

“Ganz toll für die Berufseinsteiger und als Anreiz im Servicebereich, dass der Einstieg auf A8 angehoben wurde. Leider ganz arg frustrierend für Mitarbeitende, die seit dreißig Jahren die gleiche Arbeit machen und "nur" A9 erhalten.”

Claudia



Schnellere und zwischen Diensten angegliche Beförderungsstufen und -zeiträume einführen

16

Kommentare

“Wie soll jemand motiviert sein, wenn er in einer Laufbahn im gesamten Arbeitsleben genau 2! Beförderungsstufen hat. Wenn er dann eine Beförderung erfahren hat, wird er bei der Anzahl der Bewertungspunkte zwingend um 2 Punkte zurückgestuft!”

Hansjörg

“In meinem Fall habe ich die letzten 12 Jahre meiner Dienstzeit keine planbare Gehaltserhöhung mehr (Erfahrungsstufe) [...]. Würde man bis zum Dienstende diese Erfahrungsstufen weiterführen, wäre auch den älteren Kollegen geholfen.”

Holger

“Eine generelle Ungerechtigkeit innerhalb der Justiz stellt zudem das Stufigkeitsdefizit der ordentlichen Gerichtsbarkeit gegenüber der Fachgerichtsbarkeit dar. Während die Fachgerichtsbarkeit dreistufig ist, ist die ordentliche Gerichtsbarkeit vierstufig.”

Levi

- **Beförderungsstufen und -zeiträume** sollten beschleunigt und zwischen den Diensten angeglichen werden, um mehr Fairness zu gewährleisten.
- Die **Anzahl der Beförderungsstellen** sollte erhöht werden, damit mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Gefühl haben, dass sie die Möglichkeit auf Wertschätzung durch Beförderung erhalten. Ebenfalls sollten die **Erfahrungsstufen** bis zum Dienstende fortgeführt werden.
- **Aufstiegs- und Beförderungsmöglichkeiten** sollten grundlegend verbessert werden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollten bei Beförderung innerhalb des Bewertungssystems nicht herabgestuft werden.



Zusatzleistungen wie beispielsweise Sportzuschüssen flächendeckend bereitstellen

16

- **Sportzuschussprogramme** (als Beispiele wurden Hansefit und Wellpass genannt) zur Gesundheitsförderung und Steigerung der Zufriedenheit der Mitarbeiter einführen.
- **Wettbewerbsfähigkeit** gegenüber anderen Arbeitgebern, einschließlich der kommunalen Verwaltung, stärken und Fachkräftemangel adressieren.
- **Durchgeführte Unterschriftenaktionen** zu diesem Vorschlag berücksichtigen.

Kommentare

“Wichtig wäre es, besonders das Sportprogramm hervorzuheben, da es gleichzeitig allen Mitarbeitern und Beamten zu gute kommt. [...] So ein Programm wie Well Fit usw. würde uns auch mal näher an die kommunalen Behördenleistungen der Mitarbeiter heranbringen, sodass ein Weggang zu anderen Behörden kleiner wird. [...]”

Rene

“Sportzuschüsse wie z.B. HanseFit wären sehr positiv, insbesondere um einen Ausgleich zum langen Sitzen und Lesen am Bildschirm zu schaffen. Obstkörbe, aus denen es jedem mal einen Apfel trifft oder mal eine kleine Massage oder Yogastündchen bringen niemand dauerhaft etwas. [...]”

C

“[...]“Hansefit“ und/oder “Wellpass“ sollte absolut (finanziell) möglich sein. Es ist absolut nicht nachvollziehbar, warum dies in einzelnen Behörden schon möglich ist, aber nicht bei allen. Dies sollte flächendeckend gleich gestaltet werden.”

Jess



Faire Einstufungen und Bezahlung bei vergleichbaren Aufgaben

11

- Die **Vergütung sollte der Art und dem Umfang der übernommenen Aufgaben** entsprechen. Insbesondere sollte die Bezahlung von Beamten und Angestellten angeglichen werden, **wenn sie vergleichbare Tätigkeiten** ausüben.
- Die Bezahlung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sollte **amtsangemessen** sein - also der tatsächlichen Bewertung des Dienstpostens entsprechen.
- **Bezirksnotare** sollten eine allgemeine Stellenzulage erhalten.
- Etwaige Unterschiede bei Einstufungen zwischen der Verwaltung im **Justizvollzug** und der **Allgemeinjustiz** sollten abgeschafft werden.

Kommentare

“Gleiche Bezahlung für gleiche Tätigkeit! In unseren Serviceeinheiten führen Angestellte und mittlere Beamte 1:1 dieselben Tätigkeiten aus. Da darf es dann auch in der Besoldung keinerlei Unterschiede geben.”

C

“Beim Thema Eingruppierung ist es leider mal wieder so, dass die Tarifbeschäftigten im Vollzug völlig vergessen werden. Es wäre mehr als angemessen, wenn die Beschäftigten in den Vollzugsanstalten an die Allgemeinjustiz angeglichen werden und nicht in E 5 oder bestenfalls E 6 ihr Dasein fristen.”

A.

“Es ist [...] nicht nachvollziehbar, dass [...] Bezirksnotare (obwohl sie teilweise sogar Richter-aufgaben ausüben) seit 2018 noch immer die allgemeine Stellenzulage nicht erhalten und somit - bei größerem Aufgabenumfang - weniger verdienen als Rechtspfleger/innen der selben Besoldungsstufe.”

H.



Mit Fortbildungen für Führungskräfte und teambildenden Maßnahmen das Miteinander stärken

10

- Stärkung des Miteinanders und Verbesserung der Arbeits- und Anerkennungskultur durch **gezielte Fortbildungen für Führungskräfte**.
- Schaffung von ausreichend Kapazitäten für **Feedbackgespräche und Mitarbeiterwertschätzung**.
- Förderung von Wertschätzung und Zusammenarbeit durch **regelmäßige Teambuildingmaßnahmen**.
- **Bereitstellung von kleinen Aufmerksamkeiten** wie Budget für Weihnachtsfeier, Verabschiedung oder anderen wertschätzenden Kleinmaßnahmen.

Kommentare

“Wertschätzung, Kommunikation, ein Miteinander und Augenhöhe, das ist so wichtig! Man braucht dazu noch nicht einmal Geld in die Hand nehmen. Gespräche miteinander, Präsenztage, an denen alle, Servicekräfte und auch Richter, teilnehmen”

N

“Es ist nicht damit getan, manche Kollegen auf bestimmte Posten zu setzen, wenn es um berufliche Qualifikationen geht. Keine der Führungspositionen sind mit Menschen/Kollegen besetzt, die sich im Personalmanagement auskennen, welches auch nicht Inhalt der Ausbildung/Studium war/ist.”

B.

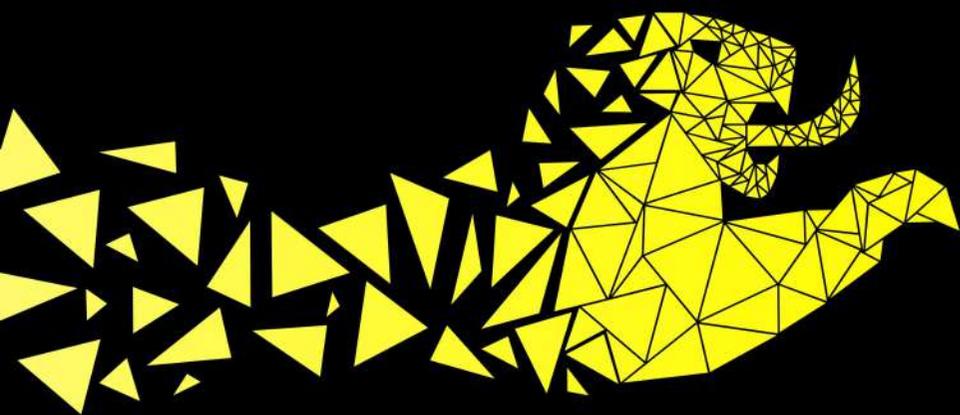
“Ich bringe in diesem Zusammenhang das (schmale, aber wirkungsvolle) Budget für jedes Gericht erneut ins Gespräch, mit welchem die kleinen Aufmerksamkeiten (z.B. Kaffee und Wasser bei der Personal- und Richterversammlung) finanziert werden könnten”

Steffen



Anhang

Methodik





Methodik Teil 1: Teilnehmerinnen und Teilnehmer stimmen ab und bringen Kommentare ein

Die Online-Beteiligung wurde auf der Dialogplattform von Make.org durchgeführt. Sieben Handlungsfelder, die in den vorherigen Beteiligungsformaten am häufigsten genannt wurden, wurden vorgestellt. Jedes Handlungsfeld wurde anhand konkreter Lösungsansätze beschrieben und bietet den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit, sich auf einfache Weise zu beteiligen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten über jedes Handlungsfeld abstimmen. Durch das Verfassen von Kommentaren konnten sie ihre Meinung verdeutlichen und/oder Verbesserungsvorschläge machen. Diese sollen zur Weiterentwicklung der Handlungsfelder durch das Projektteam beitragen.

Alle eingereichten Kommentare wurden von einem Moderationsteam auf die Einhaltung bestehender Gesetze und der geltenden Moderationscharta geprüft. Diskriminierende, beleidigende und nicht-themenbezogene Kommentare wurden nicht berücksichtigt (7 Kommentare, 1,6% aller Kommentare).

Um Menschen auf die Beteiligung aufmerksam zu machen, wurden diverse Kommunikationsmaßnahmen umgesetzt, u. a. Posts in sozialen Medien sowie die Nutzung diverser Newsletter/Mailing-Listen.

Kaufender Beteiligungsprozess

Zukunftsgerichtet: Den Rechtsstaat in Baden-Württemberg gemeinsam voranbringen

Beteiligungsprozess initiiert von: Ministerium der Justiz und für Migration Baden-Württemberg.

BIS ZUM 15. SEPTEMBER 2024

Seit Januar haben sich über 16.700 Menschen beteiligt und Vorschläge eingebracht, wie die Justiz der Zukunft gestaltet werden soll.

Bis zum 15. September werden diese Ideen auf der Beteiligungsplattform von Make.org vorgestellt und konkretisiert. Eine breite Beteiligung ist entscheidend, um Ergebnisse zu erzielen, die alle Interessen berücksichtigen. Also: Mach mit und sag es weiter!

[Mehr Informationen über diesen Beteiligungsprozess.](#)

Wir sind Justiz! – Moderne Außenarbeit und effektive Medienarbeit fördern

Vom modernen Online-Auftritt bis zur Nutzung sozialer Medien: Jetzt mitdiskutieren, wie die Justiz mehr in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden kann.

Veröffentlicht am 03.07.2024

HIER MITMACHEN

Zugänge zur Justiz niederschwellig, bürgernah und modern gestalten

Die Modernisierung der Justiz mitgestalten: digitale Plattformen, bürgerfreundliche Sprache und gezielte KI-Nutzung. Welche Ideen sind zentral?

Veröffentlicht am 03.07.2024

HIER MITMACHEN



Methodik Teil 2: Kommentare werden zu konkreten Ideen der Bürgerinnen und Bürger

Am Ende der Online-Beteiligung werten Daten- und Sozialwissenschaftler die Reaktionen zu den einzelnen Handlungsfelder aus, um festzustellen, welche Handlungsfelder auf hohe Zustimmung oder Ablehnung gestoßen sind.

Darüber hinaus analysieren sie die Gesamtheit der Kommentare. Diese qualitative Analyse besteht darin, die am häufigsten wiederkehrenden Verbesserungsvorschläge für jedes Handlungsfeld zu identifizieren, sie zu gruppieren und zu einer Idee zusammenzufassen, die die Debatte am besten widerspiegelt. Zusätzlich wird auch die Art der Kommentare analysiert, um festzustellen, ob es sich um konkrete Verbesserungsvorschläge, Meinungsäußerungen, Erfahrungsberichte oder Fragen zum Projekt handelt.

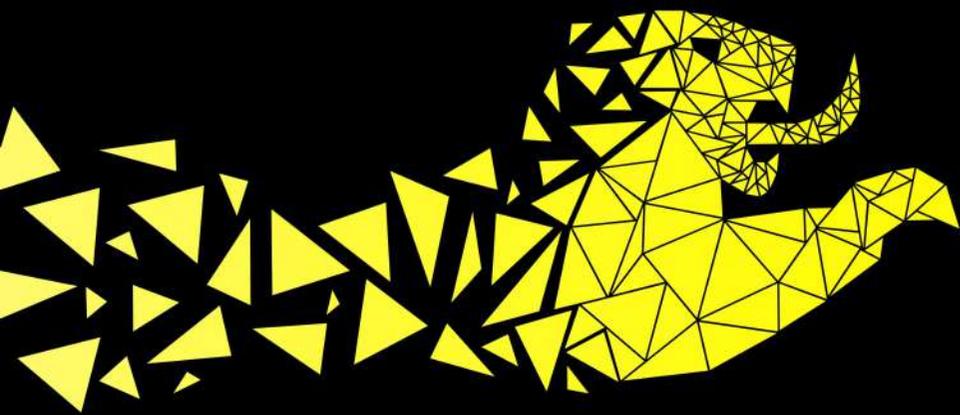
The screenshot shows a comment form with the following elements:

- Header:** Two overlapping speech bubble icons (blue and red).
- Title:** "Wie können wir diese Empfehlung verbessern?"
- Text:** "Wir brauchen deine Ideen und Lösungsvorschläge, um diese Empfehlung konkreter zu gestalten." followed by "Alle Felder sind Pflichtfelder, sofern nicht anders angegeben."
- Form Fields:** A large text area for "Schreib deinen Kommentar", a "Vorname" field, and an "E-Mail" field.
- Text:** "Dein Vorname wird neben deinem Kommentar angezeigt"
- Text:** "Wir brauchen deine Ideen und Lösungsvorschläge, um diese Empfehlung konkreter zu gestalten." followed by a detailed privacy notice: "Make.org verlangt die E-Mail-Adresse der Teilnehmenden, um sicherzustellen, dass es sich um einen ernst gemeinten Beitrag handelt. Dies ermöglicht es uns auch, einige Teilnehmende erneut zu kontaktieren, um genauer auf eine Anmerkung oder einen Vorschlag einzugehen und die Ergebnisse mit dir zu teilen. Weitere Informationen darüber, wie wir diese personenbezogenen Daten verarbeiten, und über dein Widerspruchsrecht findest du in der [Datenschutzerklärung](#)"
- Buttons:** "Anti-Roboter-Verifizierung Hier klicken" (with a FriendlyCaptcha logo) and "KOMMENTIEREN".
- Section:** "18 Kommentare"
- Comment Preview:** A comment by "Nio" dated "19.08.2024 - 21:17" with a "Melden" button. The text of the comment is "Tag der Justiz für Schülerinnen und Schüler."



Anhang

Beschreibung der Handlungsfelder auf der Plattform





Wo liegt das Problem?

Eine positive Außendarstellung macht die Justiz attraktiver – sowohl als Institution als auch als Arbeitgeberin. Dafür braucht es eine professionelle Presse- und Medienarbeit, die alle Möglichkeiten inklusive Sozialer Medien nutzt. Das ist besonders wichtig, weil sich die Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt ganz wesentlich verändert haben und Soziale Medien jetzt eine zentrale Rolle spielen. Auch die Pressearbeit der Gerichte und Behörden muss sich an die Veränderungen in der Medienlandschaft – weg von Printmedien hin zu Onlinezeitungen und Sozialen Medien – anpassen. Öffentlichkeitsarbeit muss mit der Zeit gehen, um die Justiz als zentrale Säule des Rechtsstaats der Bevölkerung zu erklären und näherzubringen.

Sind diese Themen wichtig? 🤔 JA, VOLL UND GANZ 😊 JA, ICH STIMME EHER ZU 😞 NEIN, NICHT WIRKLICH 🙄 NEIN, GANZ UND GAR NICHT

In diesen Punkten bestand Einigkeit

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der ersten Beteiligungsphase wünschen sich eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit, um das Verständnis für den Rechtsstaat zu stärken. Dazu gehören Informationen über Bearbeitungszeiten und offene Verfahrensstände. Die Justiz soll sich auch in den Sozialen Medien präsentieren und ihre Websites modern, ansprechend und übersichtlich gestalten. Häufigere Telefonsprechzeiten und Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger werden ebenfalls gewünscht. Zudem soll die Öffentlichkeitsarbeit professionalisiert, die Wiedererkennbarkeit in der Kommunikation geschaffen und Transparenz durch zentrale Internetauftritte und Projekte mit anderen Akteuren gefördert werden.

Sind das die richtigen Ansätze, um die Justiz in Baden-Württemberg für die Zukunft zu rüsten? 🤔 JA, VOLL UND GANZ 😊 JA, ICH STIMME EHER ZU 😞 NEIN, NICHT WIRKLICH 🙄 NEIN, GANZ UND GAR NICHT

Diese Punkte wurden kontrovers diskutiert!

Die Schaffung zentraler Auftritte in Sozialen Medien zur Nachwuchsgewinnung stieß auf gemischte Meinungen. Ebenso umstritten war die Idee, Pressesprecher in größerem Umfang freizustellen, um die Öffentlichkeitsarbeit zu professionalisieren. Führungen von Schulklassen in Gefängnissen, um das Leben und den Berufsalltag dort zu zeigen, wurden ebenfalls kontrovers diskutiert.

Sollen diese Themen intensiver diskutiert werden? 🤔 JA, VOLL UND GANZ 😊 JA, ICH STIMME ZU 😞 NEIN, NICHT WIRKLICH 🙄 NEIN, GANZ UND GAR NICHT



Handlungsfeld 2: Zugänge zur Justiz niederschwellig, bürgernah und modern gestalten

Wo liegt das Problem?

Papierakten in Zivilsachen sind Vergangenheit. Die Justiz in Baden-Württemberg ist hier digital schon gut aufgestellt. Trotzdem zeigen bundesweite Studien, dass die Anzahl der eingehenden Fälle stark zurückgeht. Bürgerinnen und Bürger beklagen zu viel Bürokratie, Langsamkeit und mangelnde Effizienz der Gerichte. Es wird von einem Vertrauensverlust gesprochen. Wie schafft die Justiz der Zukunft den Spagat zwischen Staatsgewalt und Dienstleisterin?

Sind diese Themen wichtig? 🤔 JA, VOLL UND GANZ 😊 JA, ICH STIMME EHER ZU 😞 NEIN, NICHT WIRKLICH 🙄 NEIN, GANZ UND GAR NICHT

In diesen Punkten bestand Einigkeit

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der ersten Beteiligungsphase wünschen sich digitale Portale für Bürgerinnen und Bürger, um Anträge abzuschicken oder Dokumente hochzuladen. Verständliche Sprache für Rechtssuchende statt „Behördendeutsch“ ist ihnen wichtig. Zudem soll sich die Justiz mehr gesellschaftlichen Bildungsprojekten öffnen und transparenter werden, etwa durch eine Bürgerinfothek. Justizdienstleistungen sollen bürgernah bereitgestellt werden, mit digitalen Sitzungsaushängen und Präsenz auch im ländlichen Raum.

Sind das die richtigen Ansätze, um die Justiz in Baden-Württemberg für die Zukunft zu rüsten? 🤔 JA, VOLL UND GANZ 😊 JA, ICH STIMME EHER ZU 😞 NEIN, NICHT WIRKLICH 🙄 NEIN, GANZ UND GAR NICHT

Diese Punkte wurden kontrovers diskutiert!

Die Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) in Gerichtsverfahren stieß auf gemischte Meinungen. Die Idee, eine kostenlose Erstberatung durch KI anzubieten, wurde unterschiedlich bewertet. Ebenso umstritten war der Einsatz von KI-Tools in bestimmten Arbeitsprozessen, etwa zur Überprüfung der Vollständigkeit, Durchsuchung von Datenbanken, Protokollführung und Übersetzung. Auch die qualitative Verbesserung von Entscheidungen mithilfe von KI, beispielsweise durch Prognosen (konkret: Rückfallwahrscheinlichkeit von Straftätern), war ein kontroverses Thema unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Sollen diese Themen intensiver diskutiert werden? 🤔 JA, VOLL UND GANZ 😊 JA, ICH STIMME ZU 😞 NEIN, NICHT WIRKLICH 🙄 NEIN, GANZ UND GAR NICHT



Handlungsfeld 3: Über Strukturen diskutieren

Wo liegt das Problem?

Die Justiz in Baden-Württemberg ist breit aufgestellt. Behörden und Gerichte sind in zahlreichen Gebäuden über das Land verteilt und auch im ländlichen Raum stark vertreten. An manchen Gerichtsstandorten werden sehr große Gebäude für nur wenige Personen genutzt und unterhalten. Nicht zuletzt die Schubkraft der Digitalisierung und Nachwuchsmangel auf dem Land lassen Stimmen lauter werden, die eine Verringerung kleiner Standorte befürworten. Auch die Themen Sicherheit, Spezialisierung und Effizienz spielen eine große Rolle. Werden Instrumente wie „Home Office“, Videoverhandlungen und elektronische Akten die kleinsten Standorte irgendwann überflüssig machen?

Sind diese Themen wichtig? 🤔 JA, VOLL UND GANZ 🤔 JA, ICH STIMME EHER ZU 🤔 NEIN, NICHT WIRKLICH 🤔 NEIN, GANZ UND GAR NICHT

In diesen Punkten bestand Einigkeit

Vorschläge zu strukturellen Änderungen haben in den Beteiligungsformaten der zurückliegenden Monate stark polarisiert und keine Einigkeit erzielt. Hier lohnt es sich, weiter zu diskutieren.

Sind das die richtigen Ansätze, um die Justiz in Baden-Württemberg für die Zukunft zu rüsten? 🤔 JA, VOLL UND GANZ 🤔 JA, ICH STIMME EHER ZU 🤔 NEIN, NICHT WIRKLICH 🤔 NEIN, GANZ UND GAR NICHT

Diese Punkte wurden kontrovers diskutiert!

Vorschläge zu einer stärkeren Zentralisierung von Justizstandorten waren sehr umstritten. Vorschläge, kleine Standorte zu schließen, zusammenzufassen oder Gerichtsbezirke neu zu ordnen, wurden unterschiedlich bewertet. Die Schließung von „Kleinstgerichten“ zugunsten größerer moderner Einheiten war umstritten. Teilweise wurden Einsparmöglichkeiten in einer Reduzierung von Gebäuden gesehen.

Sollen diese Themen intensiver diskutiert werden? 🤔 JA, VOLL UND GANZ 🤔 JA, ICH STIMME ZU 🤔 NEIN, NICHT WIRKLICH 🤔 NEIN, GANZ UND GAR NICHT



Handlungsfeld 4: Wege in die und innerhalb der Justiz: Personalgewinnung, Karriere, Aus- und Fortbildung stärken

Wo liegt das Problem?

Berufe in der Justiz sind anspruchsvoll. Die Tätigkeit bringt Verantwortung mit sich. Sie erfordern Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit. Zugleich wird es immer schwieriger, offene Stellen in allen Laufbahnen zu besetzen. Der Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt ist groß. Umso wichtiger ist eine effektive und zukunftsgerichtete Nachwuchsgewinnung. Die Justiz steht vor der Herausforderung, eine attraktive Arbeitgeberin zu sein und zu bleiben. Wer sich für eine Justizkarriere im öffentlichen Dienst entscheidet, wählt regelmäßig eine (lebens-)lange Bindung an den Dienstherrn. Diese Entscheidung soll niemand irgendwann bereuen.

Sind diese Themen wichtig? 🤔 JA, VOLL UND GANZ 😊 JA, ICH STIMME EHER ZU 😞 NEIN, NICHT WIRKLICH 😬 NEIN, GANZ UND GAR NICHT

In diesen Punkten bestand Einigkeit

Die Beschäftigten in der Justiz wünschen sich eine schnelle Besetzung offener Stellen und mehr finanzielle Mittel sowie eine bessere Öffentlichkeitsarbeit für eine professionellere Nachwuchsgewinnung. Ein angemessenes „Onboarding“ mit konkreten Ansprechpartnern sowie erweiterte Fortbildungsangebote, die auch Quereinsteiger einbeziehen wurden als wichtige Themen identifiziert. Transparente Beurteilungssysteme sollen faire Aufstiegsmöglichkeiten schaffen. Führungskompetenzen sollen durch regelmäßige Fortbildungen und Traineeprogramme gestärkt werden. Bei Neueinstellungen sollen individuelle Stärken und Wünsche berücksichtigt werden.

Sind das die richtigen Ansätze, um die Justiz in Baden-Württemberg für die Zukunft zu rüsten? 🤔 JA, VOLL UND GANZ 😊 JA, ICH STIMME EHER ZU 😞 NEIN, NICHT WIRKLICH 😬 NEIN, GANZ UND GAR NICHT

Diese Punkte wurden kontrovers diskutiert!

Der Vorschlag, befristete Verträge von Justizangestellten nach spätestens zwölf Monaten automatisch zu entfristen, stieß auf gemischte Meinungen. Ebenso umstritten war die Idee einer zeitlich befristeten Vergabe von Führungspositionen und der verstärkten Berücksichtigung von Berufs- und Lebenserfahrung bei der Besetzung bestimmter Stellen. Kontrovers diskutiert wurden auch eine Absenkung der Notenanforderungen sowie die Verkürzung der Probezeit auf höchstens ein Jahr als mögliche Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung bzw. Deckung des Personalbedarfs. Auch die Forderungen nach mehr Mitsprachemöglichkeiten für Neueinsteiger im Hinblick auf ihren Dienstort und das Rechtsgebiet, in dem sie eingesetzt werden sollen, sowie die Forderung nach einer Verbeamtung aller Servicekräfte, waren umstritten.

Sollen diese Themen intensiver diskutiert werden? 🤔 JA, VOLL UND GANZ 😊 JA, ICH STIMME ZU 😞 NEIN, NICHT WIRKLICH 😬 NEIN, GANZ UND GAR NICHT



Handlungsfeld 5: Bürokratieabbau, Entlastung und Beschleunigung der Justiz fördern

Wo liegt das Problem?

Die Arbeitsbelastung in der Justiz ist hoch. Gleichzeitig beklagen Bürgerinnen und Bürger die Komplexität, mangelnde Geschwindigkeit und zu viel Bürokratie in gerichtlichen Verfahren. Wo kann die Justiz der Zukunft ihre Abläufe vereinfachen, um für die Bürgerinnen und Bürger zugänglicher zu sein? Wo hilft der Einsatz moderner Technik, um Justizbedienstete spürbar zu entlasten? Wie lässt sich die Kommunikation mit Verfahrensbeteiligten vereinfachen und wo können Verfahren effizienter gestaltet werden?

Sind diese Themen wichtig? 🤔 JA, VOLL UND GANZ 😊 JA, ICH STIMME EHER ZU 😞 NEIN, NICHT WIRKLICH 😡 NEIN, GANZ UND GAR NICHT

In diesen Punkten bestand Einigkeit

Die Beschäftigten in der Justiz wünschen sich Entlastung – einerseits durch zusätzliche Einstellungen, andererseits durch klugen Personaleinsatz. Eine Reform des richterlichen Bereitschaftsdiensts wird befürwortet. Schnellverfahren sollen etabliert und das Prozessmanagement insgesamt optimiert werden durch Reduktion bürokratischer Hürden (z.B. Vereinfachung der Reisekostenabrechnung). Neue Verfahren sollen vorab auf ihre Praxistauglichkeit geprüft werden. Das Justizsystem soll durch Spezialisierung und Präventivmaßnahmen entlastet werden. Die Digitalisierung soll zügig vorangetrieben, dabei einheitliche digitale Lösungen geschaffen und der elektronische Rechtsverkehr ebenso wie die elektronische Akte praxistauglicher gestaltet werden.

Sind das die richtigen Ansätze, um die Justiz in Baden-Württemberg für die Zukunft zu rüsten? 🤔 JA, VOLL UND GANZ 😊 JA, ICH STIMME EHER ZU 😞 NEIN, NICHT WIRKLICH 😡 NEIN, GANZ UND GAR NICHT

Diese Punkte wurden kontrovers diskutiert!

Vor allem im Strafbereich bestehen Kontroversen bei der Frage, wie Belastung und Bürokratie gesenkt werden können: Die Vorschläge, Verfahren durch Verschlinkung des Strafrechts zu verringern und Strafen zu reduzieren, stießen auf gemischte Meinungen. Ebenso Vorschläge, den Druck auf den Justizvollzug zu senken durch die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe, die Schaffung der Möglichkeit, Straftäter zu gemeinnütziger Arbeit zu verurteilen, die Herabstufung von Straftaten zu Ordnungswidrigkeiten und die verstärkte Einstellung von Bagatellverfahren. Umstritten war – mit Blick auf alle Verfahrensarten – auch die Idee, den Rechtsweg ganz generell durch eine Beschränkung auf zwei Instanzen zu verkürzen.

Sollen diese Themen intensiver diskutiert werden? 🤔 JA, VOLL UND GANZ 😊 JA, ICH STIMME ZU 😞 NEIN, NICHT WIRKLICH 😡 NEIN, GANZ UND GAR NICHT



Handlungsfeld 6: Moderne Arbeitsmodelle für die Zukunft der Justiz etablieren

Wo liegt das Problem?

Die Arbeitswelt ändert sich schnell und ständig. Dadurch ändern sich auch die Anforderungen an Berufe und die Erwartungen von Beschäftigten und Bewerberinnen und Bewerbern an die Justiz als Arbeitgeberin. Gesellschaftliche und politische Vorgaben verlangen Einsparungen bei Energie und Raum. Alles wird digitaler. Das bringt Flexibilität, fordert Gerichte und Behörden aber auch heraus. Wie können wir das Gleichgewicht zwischen „Remote Work“ und einer zuverlässigen, kollegialen Justiz vor Ort halten? Wie nutzen wir die Vorteile der Digitalisierung sinnvoll, ohne uns im „Home Office“ zu verlieren?

Sind diese Themen wichtig? 🤔 JA, VOLL UND GANZ 😊 JA, ICH STIMME EHER ZU 😞 NEIN, NICHT WIRKLICH 😬 NEIN, GANZ UND GAR NICHT

In diesen Punkten bestand Einigkeit

Die Beschäftigten in der Justiz wünschen sich flächendeckend eine moderne Wohlfühl-Arbeitsatmosphäre, „Home Office“-Optionen und eine moderne und robuste IT. Dazu gehört flottes WLAN – ohne Kompromisse. Ob Vollzeit oder Teilzeit darf keine Rolle spielen. Justizbedienstete verrichten Ihre Arbeit in Zukunft so flexibel wie möglich. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Stichwort: Kinderbetreuung) ist ihnen sehr wichtig, ebenso Barrierefreiheit (Stichwort: Moderne Justizgebäude). KI unterstützt überall, wo es nur geht.

Sind das die richtigen Ansätze, um die Justiz in Baden-Württemberg für die Zukunft zu rüsten? 🤔 JA, VOLL UND GANZ 😊 JA, ICH STIMME EHER ZU 😞 NEIN, NICHT WIRKLICH 😬 NEIN, GANZ UND GAR NICHT

Diese Punkte wurden kontrovers diskutiert!

Dem Wunsch, im „Home Office“ zu arbeiten, steht der Anspruch gegenüber, über ein eigenes Büro vor Ort zu verfügen. Dieser Status kollidiert mit dem Bestreben, Leerstand zu vermeiden und Büroflächen einzusparen. Ob „Home Office“ für alle Berufe umsetzbar ist, ist unter den Beschäftigten ebenso umstritten wie das vorgeschlagene volle Wahlrecht zwischen „Home Office“ und Büro vor Ort. Weitere Kontroversen betrafen die Möglichkeit (oder Pflicht), Diensttelefone über eine App auf das Handy umzustellen sowie den Benefit, vorübergehend im Ausland zu arbeiten (Stichwort „Workation“). Auch die Einführung von Pool-Arbeitsplätzen vor Ort oder mobilen Arbeitsplätzen zur flexibleren Arbeitsplatzwahl (Stichwort: Rollcontainer) war umstritten. Die Idee einer Pauschale für „Home Office“ Arbeit fand ebenfalls keine lückenlose Unterstützung.

Sollen diese Themen intensiver diskutiert werden? 🤔 JA, VOLL UND GANZ 😊 JA, ICH STIMME ZU 😞 NEIN, NICHT WIRKLICH 😬 NEIN, GANZ UND GAR NICHT



Handlungsfeld 7: Wertschätzung für die Arbeit in der Justiz der Zukunft stärken

Wo liegt das Problem?

Die zurückliegenden Jahre haben auch der Justiz und ihren Menschen viel abverlangt. Globale Krisen führten zum Arbeiten im „Home Office“ und zum Absenken der Raumtemperatur in den Büros. Technischer Fortschritt unterstützte die Justiz während der Pandemie und trug zur dauerhaften Virtualisierung des Arbeitsalltags bei. Dezentrales Arbeiten, Videokonferenzen und -verhandlungen sowie Online-Besprechungen sind nun feste Bestandteile der Justizarbeit. Der persönliche Kontakt hat vielerorts gelitten. Gleichzeitig ist Wertschätzung für die Beschäftigten in der Justiz von großer Bedeutung.

Sind diese Themen wichtig? 🤔 JA, VOLL UND GANZ 😊 JA, ICH STIMME EHER ZU 😞 NEIN, NICHT WIRKLICH 😡 NEIN, GANZ UND GAR NICHT

In diesen Punkten bestand Einigkeit

Die Beschäftigten in der Justiz wünschen sich eine angemessene Bezahlung inklusive Zuschlägen für besondere Dienste und angepasster Vergütung für Quereinsteiger. Auch Benefits wie Sportzuschüsse werden gewünscht. Eine Kultur der gegenseitigen Wertschätzung und Zusammenarbeit soll durch den Abbau von Hierarchien und teambildende Maßnahmen gefördert werden. Zudem sollen Feedback- und Beteiligungsmöglichkeiten wie regelmäßige Mitarbeitergespräche, Feedback-Konferenzen und anonyme Befragungen, gestärkt werden. Alle Bereiche des Justizwesens sollen dabei berücksichtigt werden.

Sind das die richtigen Ansätze, um die Justiz in Baden-Württemberg für die Zukunft zu rüsten? 🤔 JA, VOLL UND GANZ 😊 JA, ICH STIMME EHER ZU 😞 NEIN, NICHT WIRKLICH 😡 NEIN, GANZ UND GAR NICHT

Diese Punkte wurden kontrovers diskutiert!

Der Vorschlag, die Besoldung durch eine leistungsorientierte Bezahlung stärker zu differenzieren, stieß auf unterschiedliche Meinungen. Ebenso umstritten war die Idee, Tätigkeiten mit Personalverantwortung finanziell besser zu honorieren. Kontrovers bewertet wurde auch der Vorschlag, einen stärkeren Abstand zwischen dem mittleren und gehobenen Dienst zu schaffen. Schließlich wurde auch die Entkopplung der R-Besoldung von der A-Besoldung intensiv diskutiert.

Sollen diese Themen intensiver diskutiert werden? 🤔 JA, VOLL UND GANZ 😊 JA, ICH STIMME ZU 😞 NEIN, NICHT WIRKLICH 😡 NEIN, GANZ UND GAR NICHT



MAKE.
ORG

Wenn Sie Fragen zur Konsultation haben oder Inhalte daraus verwenden möchten, wenden Sie sich bitte per E-Mail an **Dr. Philipp Wissmann** (philipp.wissmann@jum.bwl.de) oder **Sarah Delahaye** (contact-de@make.org).